

INFOPERU85

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 85 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Neue Bürgermeister und eine Verfassungsklage gegen den Präsidenten \(Andreas Baumgart\)](#)
3. [„Que se vayan todos“ – Warum es in Peru keine politischen Parteien mehr gibt \(Diego Salazar/OjoPublico\)](#)
4. [In memoriam Pancho Soberón](#)
5. [Serie Umwelthelden: „Wir müssen lernen Nein zu sagen“ – \(Hildegard Willer\)](#)
6. [Noch drei Jahre zur Rettung des Amazonas \(Xilena Pinedo/OjoPublico\)](#)
7. [Fotoreportage: Coca o Muerte – Koka oder Tod \(Jimena Rodríguez\)](#)
8. [Kupfer aus Peru: Ungereimtheiten in der Vorzeigemine Antamina \(Marcelo Henriquez Kries\)](#)
9. [Serie Umweltheldin: Ariana Kana \(Nicole Maron\)](#)
10. [Kurz gemeldet Oktober 2022](#)
11. [Serie Umweltheldin: „Ich habe eine neue Freiheit entdeckt“ \(Hildegard Willer\)](#)
12. [ISP News Oktober 2022](#)
13. [Ankündigungen und Hinweise Oktober – November 2022](#)

1. Editorial No 85

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Weltgeschichte spielt sich in diesen Tagen und Monaten nicht in Lateinamerika ab, und schon gar nicht in Peru.

Deshalb weiß ich oft nicht, ob ich weinen oder lachen soll, wenn ich das politische Theater beobachte, das sich Exekutive und die Legislative – also Regierung und Parlament – in Peru liefern. Jüngstes Beispiel: der Kongress hat Präsident Castillo verboten, am Welternährungsforum in Rom teilzunehmen, wo er als Gastredner eingeladen war. Da die Staatsanwaltschaft in sechs Fällen wegen Vorteilsnahme und Korruption gegen ihn ermittelt, bestünde Fluchtgefahr. Castillo musste deshalb virtuell per Internet seine Rede für Rom halten. Der Karikaturist Carlin trifft es auf den Kopf, wenn er Präsident Castillo sagen lässt: „Alle Präsidenten in Peru haben gestohlen. Mich lassen sie nicht, weil ich ein armer Bauer bin“.

Die polarisierten Medien, die einseitig auf Castillo einhauen; die Bestätigung, dass tatsächlich alle Politiker – eben auch Castillo – nur die eigene Bereicherung im Sinn haben; und zu sehen, dass Castillo keines seiner Reformvorhaben auch nicht in Ansätzen umsetzt: das alles führt zu einer tiefen Frustration und einem politischen Desinteresse in der Bevölkerung. Ausdruck dessen war das geringe Interesse, das die Regional- und Kommunalwahlen vom Oktober hervorriefen. Profitiert davon hat der Rechtspopulist Lopez Aliaga in Lima, und weitere sogenannte „unabhängige“ Populisten, die in den Regionen gewonnen haben. In diesem InfoPeru können Sie darüber eine ausführliche Analyse von Andreas Baumgart lesen. Auch das Interview mit dem Politikwissenschaftler Mauricio Zavaleta erklärt sehr gut, warum es in Peru keine politischen Parteien mehr gibt.

In diesem Monat mussten wir uns von der Infostelle Peru von einem langjährigen Weggefährten und Vertrauensperson verabschieden. Der Menschenrechtler Pancho Soberón verstarb mit 73 Jahren, gesundheitlich bereits geschwächt, an Covid. Mit großem Dank und Bewunderung blicken Mitglieder der Infostelle auf ihre Zeit mit Pancho zurück.

Hoffnungsvoll stimmt der Alltag jenseits der großen Politik. In unserer Reihe Umwelthelden und -heldinnen lernen Sie dieses Mal gleich drei tolle Frauen kennen: die Bergbauaktivistin Ariana Kana aus Espinar; die Drohnenpilotin Mirian Sanchez aus Pucallpa und die Fahrradaktivistin aus Lima, Silvia Fernandez. Ungeachtet der großen Politik und ungesicherter finanzieller Verhältnisse engagieren sie sich für ihre Sache und die Umwelt.

Eine Fotoreportage von Jimena Rodríguez über die traditionellen – also legalen – Kokabauern aus La Convención runden diesen InfoPeru ab.

Ich hoffe, Sie finden für sich etwas Interessantes und Anregendes in dieser Ausgabe unseres Newsletters.

Hildegard Willer

Redakteurin



Weil der Kongress ihm die Reise zum Welternährungsforum nach Rom verwehrte, hielt Pedro Castillo seine Ansprache per zoom aus Lima Foto: Andina/presidencia

2. Neue Bürgermeister und eine Verfassungsklage gegen den Präsidenten

Während bei den Regional- und Kommunalwahlen rechte und unabhängige Kandidaten gewonnen haben, geht das Tauziehen um die Absetzung von Präsident Castillo in Lima weiter. Eine Verfassungsklage soll Castillo nun zu Fall bringen.

Ein Blick auf das politische Ambiente in Kongress und Regierung zeigt die Kontinuität der Konfrontationen zwischen Exekutive und Legislative, weitere Zersplitterung der Fraktionen, zunehmende Konflikte zwischen Kongress und Justiz, zwischen Regierung und Justiz als auch innerhalb des Justizapparats selbst.

Eine Weile sah es so aus, als hätte Castillo seine Position stabilisieren können. Diverse Abstimmungen im Kongress haben gezeigt, dass rein rechnerisch keine Mehrheit für eine Amtsenthebung auf Grund „moralischer Nichteignung“ zustande kommen würde. Der Präsident hat den Ton gegenüber der Opposition geändert, verteidigt sich offensiver, greift verbal und juristisch an. Andererseits ruft er zur Zusammenarbeit auf und hat es bisher geschafft, auch mit Hilfe oppositioneller Abgeordneter, sich im Amt zu halten. Alle seine bisherigen Kabinette wurden durchgewinkt, um eine Auflösung des Kongresses zu vermeiden. Die große Mehrheit der Abgeordneten möchte im Amt bleiben und hat einen aus den eigenen Reihen kommenden Antrag auf die Durchführung vorzeitiger allgemeiner Neuwahlen abgelehnt. Alle Hoffnungen seiner

Gegner*innen ihn loszuwerden ruhen nun auf einer sehr umstrittenen juristischen Offensive der Generalstaatsanwältin *Patricia Benavides*, die Castillo vorwirft, Kopf einer kriminellen Vereinigung zu sein. Doch dazu später mehr.

Regional- und Kommunalwahlen

Hier zunächst einige Informationen und Analysen zur Regional- und Kommunalwahl, die am 02. Oktober stattgefunden hat. 24.760.062 Peruaner*innen waren aufgefordert 25 Regionalregierungen, 196 Bürgermeisterämter in Provinzen, 1694 Bürgermeisterämter in Distrikten zu wählen. Einschließlich der Gemeinderäte 13.000 zu vergebende Ämter. Knapp 75.000 Kandidat*innen, davon 90% männlich, stellten sich zur Wahl. Zunächst lässt sich feststellen, dass im Großen und Ganzen Personen statt Parteien und deren Programme gewählt wurden(1), dass in Lima ein massiver politischer Rechtsruck stattgefunden hat, dass die beiden Parteien Peru Libre und Fuerza Popular, die sich 2021 das Kopf an Kopf-Rennen um die Präsidentschaft geliefert haben, auf kommunaler und regionaler Ebene weitgehend bedeutungslos geworden sind und dass nicht zuletzt die Wahlenthaltung trotz Strafandrohung mit 22,7 % erstaunlich hoch ausgefallen ist.

In Lima hat bei den Wahlen zum Bürgermeister *Rafael López Aliaga* von *Renovación Popular* mit 26,3% gewonnen. Knapp dahinter positioniert sich *Daniel Urresti* von *Podemos Perú* mit 25,3 % und an dritter Stelle folgt mit etwas größerem Abstand *George Forsyth Sommer* des *Partido Democrático Somos Perú* mit 18,9%. Alle drei waren erfolglose Präsidentschaftskandidaten im Jahr 2021.

Ein Achtungserfolg gelang *Elizabeth León*, vom relativ neuen, in der liberalen Mitte angesiedelten *Frente de Esperanza*, einzige weibliche Kandidatin in Lima, mit 10,9%. *Gonzalo Alegría* von *Juntos por el Perú* kam auf 6,4% und *Juri Castro* von *Peru Libre* auf magere 1,4%.(2).

Keiko Fujimoris Partei *Fuerza Popular* konnte nur mit wenigen Kandidat*innen landesweit teilnehmen. In Lima stellte sie niemanden auf. *Rafael López Aliaga* galt dort als „ihr Kandidat“ und hat breite Unterstützung aus der bisherigen Wählerschaft von *Fuerza Popular* erhalten.

In den Regionen, Provinzen und Distrikten haben die regionalen Bewegungen abgeräumt. Sie stellen 16 Regionalpräsidenten von 25 und 60% aller Bürgermeisterämter. Nur einige wenige nationale Parteien konnten außerhalb Limas punkten: *Somos Perú* in Loreto, Cajamarca, San Martin und Cusco. *Alianza para el Progreso* in Lambayeque, La Libertad und Tumbes. *Frente de Esperanza* in Apurímac. Auch wenn *Perú Libre* (PL) keinen Regionalpräsidenten stellt, so hat die Partei, die Castillo zur Präsidentschaft verholfen hat, doch landesweit 8,69% der Posten gewonnen. Für eine Partei, die vor der Kongresswahl fast ausschließlich in Junín präsent war, ist das so schlecht nicht. Als ehemalige Regierungspartei von Castillo handelt es sich allerdings um eine enttäuschende Niederlage, da nicht von der Präsenz im Kongress und der

Regierungsbeteiligung profitiert werden konnte. In Junin, der einstmaligen Hochburg und Zentrale der Partei, war PL wegen innerer Zerwürfnisse nicht einmal in der Lage, einen Kandidaten ins Rennen zu schicken.

Die großen Zeiten von Keikos *Fuerza Popular* scheinen endgültig vorbei zu sein. Die Partei verschwindet fast vollständig mit nur 0,76% der landesweit errungen Posten. Und noch ein negativer Rekord wurde aufgestellt: Fast 100% aller Bürgermeisterämter und Regionalpräsidentschaften in ganz Peru gehen an Männer.

Bei den siegreichen „Regionalen Bewegungen“ handelt es sich in der Regel um kurzlebige, von Caudillos (Führern) für die jeweilige Wahl ad hoc gegründete Parteien, die die Interessen lokaler und regionaler Machteliten vertreten. Das können formale und legale Wirtschaftsgruppen sein oder informelle Sektoren bis hin zu Mafien, die im Drogen-, Menschenhandel, illegalen Holz- und Goldabbau aktiv sind

Überhaupt war der Anteil an juristisch vorbelasteten Kandidat*innen erschreckend hoch. Von 1400 Kandidat*innen für Regionalpräsidentschaft und Bürgermeisterämter waren die Vorbelastungen bekannt, die Dunkelziffer ist weitaus höher. Häusliche Gewalt, Betrug und Tötungsdelikte kommen am häufigsten vor. Immer mehr Belastendes kommt nach und nach über inzwischen gewählte Personen ans Tageslicht. Alle drei gewählten Regionalpräsidenten von Ucayali, Madre de Dios und Loreto sind wegen Korruption, Amtsmissbrauch und Umweltdelikten vorbelastet. Das wiegt umso schwerer, als gerade die indigenen Gemeinden in diesen Regionen mehr Unterstützung in ihrem Überlebenskampf benötigen, anstelle von Korruption, Ignoranz und rassistischer Ausgrenzung.

Man kann durchaus sagen, dass besonders in den Provinzen mehr für die bekannten Übel (-Täter) als für unbekannte Kandidaten und eine unwägbare Zukunft gestimmt wurde. (3) Offenkundig versagt besonders in dieser Hinsicht das peruanische Wahlrecht, das trotz einiger Reformierungen die Kandidatur von vorbelasteten Personen ermöglicht. Die Wahlbehörden sind zu überlastet, rechtzeitig unterlassene Erklärungen in den Lebensläufen der Kandidat*innen aufzuspüren.

Ein Rechtspopulist regiert in Lima

Mit dem Wahlsieger in Lima, *Rafael López Aliaga*, wird die Hauptstadt künftig von einer Person regiert, die häufig als klerikal-faschistisch oder zumindest rechtsradikal eingeschätzt wird. Als erzkonservativer Katholik steht Aliaga den reaktionären Kreisen seiner Kirche nahe und wirkt gleichzeitig als Schnittstelle zu den rechtsradikalen oder wertkonservativen Evangelikalen, die ihn ebenfalls in großer Zahl gewählt haben. Er weist einige Parallelen zu *Donald Trump* auf: populistische Anti-Establishment-Rhetorik; windiger Unternehmer mit hohen Steuerschulden; Zahlungsausstände und ausbeuterische Arbeitsbedingungen in seinen Betrieben; „Hire und Fire“-Mentalität. Er ist cholerisch und vulgär, lebensweltlich ultrakonservativ, homophob und in Hinblick

auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung frauenfeindlich. Er hat sich mit dem Sieg nun endgültig zur Leitfigur der religiös-ideologischen Strömungen „Con mis hijos no te metas“, „pro vida“ und „pro familia“ gemausert.

López Aliaga gibt sich volksnah und hat nicht an Versprechungen für die „Bedürftigsten“ gespart. Seine höchsten Stimmenanteile kommen sowohl aus einigen ärmeren als auch den reichen Vierteln Limas. Tatsächlich hat er *Keiko Fujimori* als Repräsentantin der ultrakonservativen Mittel- und Oberschichten abgelöst und führt den autoritären Wirtschaftsliberalismus von *Fuerza Popular* weiter. Die Propagierung der Eigeninitiative, des „emprendimiento“, spricht auch die armen evangelikalen Schichten an, bei denen besonders Frauen die ökonomische Initiative als auch die familiäre Fürsorge schultern. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass seine Partei *Renovación Popular* alle der insgesamt wenigen weiblichen Bürgermeisterinnen in den Distrikten Limas stellt.

Was hat er in Lima vor? Unter seinen 105 Versprechungen sticht ein „Investitionsschock“ mit privaten unternehmerischen Projekten hervor, wie beispielsweise der Bau einer Seilbahn zur Verbindung von San Juan de Lurigancho, Comas und Carabaylo, ein Zug von Chosica nach Callao, Straßenbahn der Universitäten, künstliche Strände, mehr private Transportmittel, Tourismusinvestitionen u.a. Der Polizei will er u.a. 10.000 Motorräder zur Bekämpfung der Kriminalität spenden. Seine Ankündigung, die Mautgebühren zu senken und Verträge mit den Betreibern der Mautstellen auf den Prüfstand zu stellen, hat ihm sicherlich viele Stimmen eingebracht. Ebenso die Ankündigung, 10% des Haushalts für Volksküchen (*comedores populares*) einzusetzen.

Eigentlich wollte *López Aliaga* 2021 Präsident werden. Sein vorrangiges Ziel hat indessen mit der Regentschaft in Lima nichts zu tun. Er macht keinen Hehl daraus, dass der Sturz *Castillos* die höchste Priorität hat. Ein Treffen mit dem Präsidenten, der alle neuen Bürgermeister seine Zusammenarbeit angeboten hat, lehnte er bislang rigoros ab. Er werde nicht mit einem „korrupten Präsidenten“ zusammenkommen, gegen den „sieben Untersuchungsverfahren“ eingeleitet seien.

Stattdessen traf sich *Aliaga* demonstrativ mit dem neuen Kongresspräsidenten *José Williams Zapata*, einem General im Ruhestand, mit dem ihn die unerbittliche Feindschaft zu *Castillo* und der ausgeprägte Autoritarismus verbinden.

Womit wir bei der allgemeinen politischen Lage angelangt wären.

Angriffe aus Kongress und Justiz

Zuletzt hatten wir [berichtet](#), dass die Kongresspräsidentin *María del Carmen Alva* bis zum Schluss ihrer Legislatur 2021 auf den Sturz *Castillos* gesetzt hatte. Sie hat nicht nur ihr Ziel verfehlt, sondern auch viel Rückhalt in ihrer Partei *Acción Popular* verloren.

Ihre Nachfolgerin *Lady Mercedes Camones* wurde schon nach eineinhalb Monaten durch den Kongress abgesetzt. Sie ist Mitglied der Partei *Alianza para el Progreso* (APP) des wegen Korruption untersuchten Unternehmers und Universitätsmoguls *César Acuña Peralta*. Abgehörte Audios haben unmittelbare Handlungsanweisungen von *Acuña* an *Camones* offengelegt, die als Kongresspräsidentin zur Überparteilichkeit verpflichtet ist.

Am 12.09. wurde dann *José Williams Zapata* als neuer Kongresspräsident gewählt. Ein hochgradig umstrittener General im Ruhestand und Abgeordneter der rechten *Partei Avanza País* von *Hernando de Soto*. Für die einen ist er der Held der Operation „Chavín de Huantar“, bei der die Geiseln der MRTA in der japanischen Botschaft erfolgreich befreit wurden. Für die anderen gilt er als mutmaßlicher Kriegsverbrecher, der mitverantwortlich für das Massaker von *Accomarca* im Jahr 1985 ist, bei dem 69 Bauern, Frauen, Kinder und Greise ermordet wurden. Williams gehört der rechtsradikalen Internationalen „*Foro de Madrid*“ an, die von der spanischen VOX gefördert wird. Derweildreht sich das Personal-Karussell im Kabinett weiter. Seit dem Amtsantritt *Castillos* wurden sage und schreibe 70 Minister*innen vereidigt. Es versteht sich von selbst, dass auf diese Weise keine kontinuierliche Arbeit möglich ist und sich keine nachhaltigen, mittelfristigen und langfristigen Vorhaben entwickeln und realisieren lassen.

Verfassungsklage gegen Präsident Castillo

Die Versuche der Opposition *Castillo* zu stürzen haben sich vorerst auf die juristische Ebene verlagert. Am 11. Oktober hat die Generalstaatsanwältin *Patricia Benavides* eine Verfassungsklage im Kongress eingereicht, in der *Castillo* und zwei Ex-Minister beschuldigt werden, Köpfe einer kriminellen Vereinigung zu sein und sich der Begünstigung und Verschwörung schuldig gemacht zu haben. Benavides gilt nicht nur Anhänger*innen von *Castillo*, sondern auch den zivilgesellschaftlichen Gruppen und oppositionellen linken Parteien als „juristischer Arm“ der rechtsradikalen Opposition. Sie wurde allerdings selbst wegen der gleichen Delikte angezeigt. U.a. hat sie die aufrechte und erfolgreiche Staatsanwältin *Bersabeth Revilla* versetzt und damit zum Rücktritt gebracht, die gegen die Schwester der Generalstaatsanwältin und die kriminelle Organisation „*Cuellos Blancos*“ (Weiße Kragen) ermittelte.

Die Klage gegen *Castillo* wird nun in einer komplexen Prozedur in verschiedenen Gremien und Zuständigkeiten des Kongresses beurteilt und soll in der Absetzung *Castillos* münden. Das bringt zwangsläufig – und ist auch gewünscht – eine Politisierung von an sich rein strafrechtlichen Vorwürfen. Das Vorgehen von Benavides verstößt nach Ansicht selbst vieler konservativer Rechtsexperten gegen den Paragraphen 117 der Verfassung, der ausdrücklich eine Anklage und Verurteilung während einer Präsidentschaft ausschließt. Lediglich vier Gründe sind gestattet und keiner davon trifft hier zu. Dies wohl wissend, beruft sich Benavides auf internationales Recht, um die Verfassung zu umgehen. Hier leistet die rechte Opposition nun Schützenhilfe. Vorsorglich

möchte sie den Paragraphen 117 durch die rechte Kongressmehrheit zum Zweck der Absetzung Castillos neu interpretieren lassen. " (4)

Weiterhin nutzt ein Teil der Abgeordneten jede Gelegenheit, um den Präsidenten zu demütigen und die Regierungsfähigkeit zu sabotieren. Routinemäßig werden Minister*innen mit unangemessenen oder konstruierten Vorwürfen vor den Kongress geladen. Trauriger Höhepunkt war die Weigerung des Kongresses, Castillo die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Regierungsantritt des kolumbianischen Präsidenten *Gustavo Petro* zu gestatten. Die an den Haaren herbeigezogene Begründung lautete, er könne wegen der zahlreichen Untersuchungen die Reise zur Flucht nutzen. Am 06.10. verweigerte der Kongress die Genehmigung einer Reise Castillos nach Europa, die auf Einladung Brüssels erfolgen sollte und ein Treffen mit *Charles Michel* und *Ursula von der Leyen* vorsah. Ebenfalls sollte er als Hauptredner beim Welternährungsforum 2022 der FAO auftreten und zu einer Privataudienz beim Papst nach Italien reisen. Diese feindlichen Maßnahmen sind allerdings auf die Initiator*innen zurückgefallen. Sie haben den infantilen Charakter der Abgeordneten international bekannt gemacht und dem Kongress mehr geschadet als dem Präsidenten selbst.

Erfolgreiche Regierungspolitik

Verständlicherweise ist ein Regieren unter den oben genannten Bedingungen ausgesprochen schwierig. Doch die weitgehende Erfolglosigkeit ist vor allem hausgemacht. Inkompetenz, Improvisation, Vetternwirtschaft und fehlende programmatische Ausrichtung müssen hier genannt werden. Zurzeit schwelen 200 Regionalkonflikte, obwohl 19 dezentralisierte und öffentliche Kabinettsitzungen in den Regionen mit Dialogen und Abmachungen stattgefunden haben. Im Juni sind 20 Regionalpräsidenten zu Castillo gereist, um ihr Unbehagen über den Bruch der vielen Versprechungen und Absprachen auszudrücken.

Eine echte zweite Agrarreform zugunsten der kleinbäuerlichen Existenzen ist bisher ausgeblieben. Stattdessen wurde der Agrarexport weiter befördert. Drei kurz aufeinanderfolgende Landwirtschaftsminister waren außerstande, Düngemittel für schwer getroffene kleinbäuerliche Landwirtschaft auf dem internationalen Markt zu erwerben.

Die versprochene Verbreitung der Gasversorgung für private Haushalte kommt nur schleppend voran und viele Regionen bleiben außen vor.

Drei Mio. Menschen haben noch nicht die erste Corona-Impfung erhalten.

Der immer wieder verlängerte Ausnahmezustand in einigen Distrikten Limas, einschließlich des Einsatzes der Armee, hat die überbordende Kriminalität nicht aufgehalten.

Bei den dramatischen Ölkatastrophen im Urwald im Juni und September haben die Zentral- und Regionalregierungen erneut versagt und die betroffenen indigenen Gemeinden weitestgehend im Stich gelassen. Bis heute fehlt es an Trinkwasser und Nahrungsmitteln. In Loreto blockieren zurzeit die Urarinas gemeinsam mit anderen indigenen Gruppen eine Land- und Wasserstraße und haben zeitweise eine Ölpumpstation besetzt.

Vor kurzem haben Premier *Anibal Torres* und der Minister für Wirtschaft und Finanzen *Kurt Burneo* eine Intensivierung der Investitionen und Explorationen sowie die Aufhebung der Blockaden von Fördervorhaben im Rohstoffsektor angekündigt. Einschließlich erheblicher steuerlicher Vergünstigungen und Befreiungen. Damit zementiert nun die Regierung die Intensivierung des Extraktivismus, wie sich schon seit geraumer Zeit angedeutet hatte, und positioniert sich gegen die ökologisch, sozial und ökonomisch negativ betroffene Bevölkerung.

Kurzum, die Regierung versucht sich weiterhin durch populistische Versprechen und einen pragmatischen neoliberalen Kurs, der auch bei oppositionellen Kräften gut ankommt, an der Macht zu halten.

Neue Bedrohung

Neben der Gefahr eines „juristischen Putsches“ der rechtsradikalen Opposition, ist nun eine andere Bedrohung am Horizont aufgetaucht. Mit der Entlassung des ehemaligen Militärs *Antauro Humala* aus dem Gefängnis, wird wieder eine gewichtige politische Kraft erstarken, die viele ehemalige Anhänger*innen Castillos und Perú Libres ebenso wie die vielen enttäuschten Bewohner*innen der Andenregionen hinter sich bringen kann. Humala reist derzeit durch die Provinzen und verbreitet wieder seine Ideologie des „Etnocacerismo“, die sich durchaus als Peru-spezifische Variante des Faschismus bezeichnen lässt. Führerkult, extremer Nationalismus, Rassenideologie, ultrakonservative lebensweltliche Haltung und militaristische Organisation sollen alle ausländischen Einflüsse vertreiben und die Macht der „weißen“ Eliten und Mittelschichten endgültig brechen.

Insgesamt eher düstere politische Aussichten für das Land.

Andreas Baumgart

(1) Siehe [Interview mit Mauricio Zavaleta](#) in dieser Ausgabe von InfoPeru

(2) Alle Ergebnisse im Detail können auf der Seite der ONPE eingesehen werden: <https://resultadoserm2022.onpe.gob.pe/ERM2022/>

(3) Interessante Analyse über das häufigste Profil der Kandidat*innen und deren Motivation auf RPP Noticias. <https://www.youtube.com/watch?v=QnhuCAzkyOE>

(4) Marco Sifuentes erklärt gut verständlich alle Implikationen der Verfassungsklage in einem MEGA ESPECIAL auf seinem Kanal „LaEncerrona“(Spanisch): <https://www.youtube.com/watch?v=B1pgXYyxung&t=24s>

3. “Que se vayan todos” – Warum es in Peru keine politischen Parteien mehr gibt

Ein Interview mit dem Politikwissenschaftler Mauricio Zavaleta

*Vor 20 Jahren begann die Dezentralisierung Perus in Regionen. Gegen 84 Prozent der Regionalgouverneure wird wegen Korruption ermittelt. Der Politikwissenschaftler Mauricio Zavaleta beschreibt in seinem Buch „Koalitionen der Unabhängigen“ (Coaliciones de independientes), wie peruanische Politiker*innen in einer Demokratie, in der es keine organisierten politischen Parteien mehr gibt, überleben und Wahlen gewinnen. Im Vorfeld der Regional- und Kommunalwahlen hat Diego Salazar von der Nachrichtenplattform OjoPúblico mit Mauricio Zavaleta gesprochen, um das Ausmaß der Krise des peruanischen politischen Systems zu verstehen und nach Lösungsmöglichkeiten zu fragen. InfoPeru hat das Interview übersetzt und gekürzt. Den kompletten Beitrag auf Spanisch können Sie [hier](#) lesen. Wir danken OjoPúblico für die Erlaubnis zur Veröffentlichung.*

Könnten Sie zunächst erklären, was „Koalitionen von Unabhängigen“ sind?

Das Buch versucht, das Verhalten der politischen Akteure seit dem Zusammenbruch des Parteiensystems Anfang der 1990er Jahre zu erklären. Die Hauptthese ist, dass die Parteien früher ideologische und programmatische Unterschiede aufwiesen, dass sie profilierte Kämpfer*innen und eine klare Identität hatten; und dass sie dann die Fähigkeit verloren haben, ein politisches Gewicht für ihre Kandidat*innen dazustellen. Was sich heute in den Regionen abspielt, ist eine Fortsetzung dessen, was in den 1990er Jahren geschah: das Auftauchen dieser Unabhängigen, weil die politischen Parteien keine Kraft mehr sind. Deshalb traten Politiker*innen aus den Parteien aus und entschieden sich für die Unabhängigkeit. Als 2002 die Regionalisierung kam, verbündeten sich die Parteien mit unabhängigen regionalen Kandidat*innen. Die Parteien erhofften sich davon mehr Einfluss, die Kandidat*innen eine bessere lokale Verankerung. Diese Koalitionen der Unabhängigen sind nicht von Dauer, sie haben nur vorübergehenden Charakter.

War der Eintritt von Pedro Castillo in die Regierung als eingeladener Kandidat von Perú Libre eine Art Krönung des Modells der Koalitionen der Unabhängigen?

Das Beispiel von Pedro Castillo und Perú Libre veranschaulicht dieses allgemeine Phänomen auf nationaler Ebene. Die Partei hat ausschließlich in der Region ihre Basis, sie hat auch einen Anführer, der Präsident werden will, Vladimir Cerrón. Weil dieser nicht kandidieren kann, wählt sie einen Kandidaten, der in ihren Augen den Sprung über den Zaun schaffen kann. Ich würde wetten, dass Cerrón ihn nicht angerufen hätte, wenn er gewusst hätte, dass Pedro Castillo eine Chance hat, die Wahl zu gewinnen. Castillo war nur ein Mittel, um die Zulassung der Partei zu retten und Zeit bis zur nächsten Wahl zu gewinnen. Castillo wiederum wurde Parteimitglied, um kandidieren zu können. Es war ein kurzfristiger Vertrag. Wenn Castillo verloren hätte, wäre die Beziehung

damit beendet gewesen. Diese Beziehung, die ihn in den Regierungspalast geführt hat, zeigt, wie in Peru Listen zustande kommen und welchen Charakter sie haben.

Ein Großteil der Probleme nach der Wahl ist auf den Übergangscharakter dieser Abkommen zurückzuführen.

Natürlich, denn wenn die Kandidat*innen erst einmal im Amt sind, sei es in der Regierung oder im Parlament, ändern sich die Motivationen. Im Kongress sehen wir das sehr deutlich. Die Parlamentarier*innen müssen schnell an Einfluss gewinnen, und deshalb ist es in ihrem Interesse, nicht in einer sehr großen Fraktion zu sein, wo ihr Standpunkt und ihre Verhandlungsmacht verwässert werden können. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft kommt ihnen entgegen. So verschaffen sie sich einen Verhandlungsspielraum, indem sie z. B. die Leitung eines Ausschusses übernehmen, Berater*innen einstellen und direkt mit den Ministerien verhandeln können.

In einem Interview haben Sie darauf hingewiesen, dass ein Teil der Kongressmitglieder Castillo im Amt halten will, weil sie wissen, dass sein Abgang auch Neuwahlen für den Kongress bedeuten würde. Glauben Sie, dass einige Parlamentarier*innen nicht bereit sind, auf die Einkünfte und Privilegien ihres Amtes zu verzichten?

Diese Kosten-Nutzen-Analyse ist von zentraler Bedeutung. In finanzieller Hinsicht, denn für einen Wahlkampf muss man persönlich Geld investieren, da die Parteien keine Mittel zur Verfügung stellen, außer vielleicht teilweise Alianza para el Progreso (APP). Wenn Sie also Kongressabgeordnete*r werden und das investierte Geld zurückgewinnen können, ist es ein sehr schlechtes Geschäft, dieses Amt aufzugeben. Und auch in politischer Hinsicht: Im derzeitigen Parlament haben 80 Prozent der Mitglieder keine politische Erfahrung. Es handelt sich also um absolute Amateurpolitiker*innen, Neulinge, die irgendwie den Jackpot geknackt haben. Sehr schnell haben sie den Zugang zu einem Amt von nationaler Bedeutung erlangt. Was wäre der Anreiz für sie, das aufzugeben, was sie gewonnen haben und was sie höchstwahrscheinlich nie wieder haben werden?

Natürlich, weil es in Peru keine sofortige Wiederwahl gibt.

Aber auch als die Wiederwahl noch möglich war, war die Anzahl der Wiedergewählten sehr gering. Die Abgeordneten, Bürgermeister und Gouverneure wissen also, dass dies ihre einzige Chance ist. Und sie wollen das Beste daraus machen, leider nicht im Sinne von "ich habe fünf Jahre Zeit, um Peru zu verändern", sondern im Sinne dessen, was sie tun können, um politische oder wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Dies ist eines der Dramen unseres Landes.



Mauricio Zavaleta Foto: privat Mauricio Zavaleta

Inwieweit hängt die Qualität des gegenwärtigen Kongresses mit der fehlenden Möglichkeit zur Wiederwahl zusammen?

In einem Parlament mit niedriger Legitimität, in dem es nur wenige Berufspolitiker*innen gibt, sorgt das Verbot der Wiederwahl dafür, dass alle Politiker Amateure sind. Dieses Verbot hat ein Problem verschlimmert, das andere, tiefer liegende Ursachen hat. Ich glaube, in Peru gibt es keine Berufspolitiker*innen mehr, und das ist problematisch. Ich weiß, dass es ziemlich unpopulär ist, Politiker*innen zu verteidigen, vor allem solche, die über große Erfahrung verfügen und lange in öffentlichen Ämtern sind. Aber gerade sie haben den größten Anreiz, ihr Image zu pflegen und nicht in Korruption verwickelt zu sein. Das heißt nicht, dass sie es nicht tun, aber sie haben eine andere Motivation als jemand, der weiß, dass er nur einmal die Chance hat, Kongressabgeordneter zu werden. Und das bringt auch eine andere Dynamik in die Verhandlungen, Vereinbarungen und Beziehungen zwischen ihnen, die die Politik und Gesetzgebung voranbringt. Das gilt auch für Regierungspositionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Man braucht Politiker*innen, die zum Beispiel wissen, wie das Investitionssystem funktioniert. Es hat einen Wert für die Allgemeinheit, wenn es Berufspolitiker*innen gibt.

Und was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen dafür?

In Peru haben wir ein ernstes Problem mit der politischen Infrastruktur. In den 1980er Jahren zum Beispiel gab es eine etwas aktivere Zivilgesellschaft und engagierte soziale Organisationen. Das bedeutet natürlich nicht, dass die 1980er Jahre eine gute Zeit waren, aber wir haben etwas

verloren, das gut für die politische Kultur des Landes war. Es gab Gewerkschaften, Verbände, sogar die Kirchen hatten eine wichtige Rolle, zum Beispiel in der Politik für die kleinbäuerlichen Gemeinden.

Es gab eine organisierte Zivilgesellschaft.

Genau, und diese organisierte Zivilgesellschaft war die Grundlage für die Parteien, die sich auf diese Organisationen stützten. Das gibt es nicht mehr, aus mehreren Gründen: die Verarmung in den 1980er Jahren, die Veränderung der politischen Struktur in den 1990er Jahren. Und in den 20 Wachstumsjahren, die Peru zu Beginn dieses Jahrhunderts erlebte, ist es nicht gelungen, diese Zivilgesellschaft wieder aufzubauen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind sozusagen der Einstieg in einen Prozess der Reproduktion von Politiker*innen. Der Raum, der zwischen der Zivilgesellschaft und den Parteien oder Parteischulen bestand, aus denen schließlich die Kandidat*innen für politische Ämter hervorgingen, existiert nicht mehr. Jedes Mal, wenn wir sagen: "Alle sollen gehen" (*Que se yayan todos*), frage ich mich, wer denn dann kandidieren soll.

Wer beispielsweise einen Senat oder offene Vorwahlen vorschlägt, scheint davon auszugehen, dass es bessere Politiker*innen gibt als die aktuellen. Aber die gibt es nicht. Und das bringt mich zu der Annahme, dass es uns in Wirklichkeit schlechter geht, als diese wohlmeinenden und hoffnungsvollen Menschen denken.

Letztlich ist diese Realitätsferne wiederum ein Zeichen für das Fehlen einer organisierten Zivilgesellschaft. Die Leute, die vorschlagen, dass alle gehen sollen, nehmen zwar an der öffentlichen Debatte teil, scheinen aber das Land nicht zu verstehen und haben keinen Bezug zur peruanischen Realität.

Das soll nicht heißen, dass es in Peru keine wertvollen Menschen gibt, die Politik machen können. Diese Menschen haben aber wenig Anreiz, in die Politik zu gehen, und vor allem haben sie wenig politische Erfahrung, weil es keine Räume gibt, in denen sie Politik machen können. Sie haben kaum Anreiz, in die Politik zu gehen, weil diese mit Korruption und einem wenig angesehenen Amt in Verbindung gebracht wird und weil es keine echten Karrieremöglichkeiten gibt. Wenn Sie Parlamentarier werden wollen, müssen Sie, selbst wenn Sie gewählt werden, das Amt sehr bald wieder aufgeben, auch wenn Sie die Fähigkeit haben, wiedergewählt zu werden. Wir verbieten die Wiederwahl und schließen damit die Tür für die wenigen wertvollen Menschen, die vielleicht weiter politisch tätig sein und eine Karriere machen wollen.

Daran denken wohl die wenigsten bei der Forderung „Alle sollen gehen“.

Ich verstehe das vollkommen, auch ich finde diesen Kongress ein Ärgernis, er nervt mich. Ich denke, dass er nicht gut für Peru ist, genauso wenig wie die Regierung. Paradoxerweise bin ich jedoch der Meinung, dass die Haltung des "Alle sollen gehen" genau das System stärkt, das diese

Art von verhassten Politiker*innen hervorbringt. Denn was wird unternommen? Indem wir das System alle drei, vier, fünf Jahre erneuern, je nachdem, wie instabil die Lage ist, haben wir Politiker*innen, die ohne Erfahrung antreten, die ihr Glück versuchen, wie Pedro Castillo es tat, und die auch von einem Klima fehlender Legitimität in der Politik profitieren. Die Politik ist in Peru so diskreditiert, dass die einzige Möglichkeit, Politik zu machen, darin besteht, die Politik selbst zu diskreditieren.

Können Sie das näher erläutern?

Ein Beispiel dafür ist Pedro Castillo, der mit einem Diskurs an die Macht kam, den man als populistisch gegen die Eliten, aber auch gegen das politische System im Allgemeinen bezeichnen könnte. Und auch der Diskurs seines Vorgängers Martín Vizcarra wandte sich gegen die Politik. Vizcarra war nicht daran interessiert, aus der Regierung heraus politisch zu gestalten. Seine Form, sich Legitimität zu verschaffen, bestand vielmehr darin, zu sagen, dass der Kongress den Fortschritt Perus verhindert und in höchstem Maße korrupt ist. Behauptungen, die eine reale Grundlage haben, die aber nicht dabei helfen, eine tragfähige Politik zu entwickeln. Wie kann man also in einem Kontext ständiger Neuwahlen und einer extrem niedrigen Legitimität Politik machen? Und der Spruch „Alle sollen gehen“ – es fällt mir schwer das zu sagen – macht das Problem nur schlimmer.

Die Haltung „Alle sollen gehen“ ist nicht neu, es gibt sie seit 2018.

Klar, „Alle sollen gehen“, um dann aus dem gleichen Pool von schlechten Politiker*innen neu zu wählen. Wir sollten längerfristig denken. Denn was wir bekämpfen wollen, sind genau diese Politiker*innen, die sehr kurzfristig denken und keine Strategie für eine nationale Regierungspolitik haben. Die aktuelle Regierung veranschaulicht dies auf bemerkenswerte Weise. Wir sollten nicht in denselben Fehler verfallen, den wir bekämpfen wollen. Ich denke, wir müssen akzeptieren, dass die Schwäche der Parteien nicht darauf zurückzuführen ist, dass unsere Gesetze gut oder schlecht geschrieben sind, sondern auf die Schwäche der Zivilgesellschaft.

Wie kommt man da raus? Wie baut man gesunde politische Strukturen auf?

Leider müsste ich, wenn ich meiner Analyse folge, sagen, dass dies nicht bzw. kaum möglich ist. Meiner Meinung nach geht es darum, langfristige Ziele zu verfolgen, die ein wenig dazu beitragen können, dass die Dinge weniger schlimm sind. Ich weiß, das klingt sehr wenig ambitioniert. Aber ich denke, es ist viel schlimmer und hilft nicht weiter, einfach das Ziel „Alle sollen gehen“ zu proklamieren nach dem Motto: Wir machen eine Wahlreform und nach den nächsten Wahlen sind wir bereits die Schweiz. Das wird nicht passieren. Da es in Peru keine politische Infrastruktur gibt, stellt sich die Frage, wie wir eine alternative Infrastruktur schaffen können, damit es überhaupt wieder Politiker*innen gibt, die Interesse an wirklicher Politik haben.

Wie können wir dies in konkrete Vorschläge umsetzen?

Das ist schwierig, ich habe keine vergleichbare Situation gefunden. Natürlich hat sich der Zustand der Parteien in Europa und überall auf der Welt verschlechtert, aber die Verschlechterung der politischen Situation in Peru ist beispiellos.

Gibt es nicht auch in anderen Ländern Lateinamerikas eine vergleichbare Situation? Ist der peruanische Fall so außergewöhnlich?

Die Schwäche der Parteien und der vollständige oder teilweise Zusammenbruch des Parteiensystems sind in Lateinamerika keine Seltenheit. Aber das Ausmaß des Zerfalls der politischen Organisationen in Peru entspricht nicht dem lateinamerikanischen Durchschnitt, obwohl es eine Region mit schwachen Parteien ist. Vielleicht ist Guatemala der einzige vergleichbare Fall. Wir sind die Schwächsten der Schwachen.

Auch wenn die Parteien schon seit den 1990er Jahren schwach waren, konnten wir in Peru in den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts zumindest vorhersehen, ob bestimmte Kandidat*innen antreten würden. Und wir wussten, wann und in welchem Jahr Wahlen stattfinden würden. Das ist seit dem Korruptionsskandal um Odebrecht anders, da ist das System implodiert, und wir befinden uns in einer Welt der völligen Unsicherheit. Manche zeigen jetzt mit dem Finger auf Präsident Pedro Castillo und machen ihn für unsere Probleme verantwortlich. Tatsächlich aber ist Castillo ganz offensichtlich ein Symptom unserer Probleme. In einem mehr oder weniger institutionalisierten politischen System wäre es undenkbar, dass ein völlig unbekannter Politiker, ohne Partei, ohne Programm, ohne wirkliche Regierungsabsicht, zum Präsidenten der Republik gewählt wird.

Angesichts dieser Diagnose und dieser Aussichten: Was ist das Mindeste, das getan werden kann, um die Dinge in Ordnung zu bringen oder es zumindest zu versuchen?

Das ist die am schwierigsten zu beantwortende Frage. Lassen Sie mich zunächst sagen, was meiner Meinung nach nicht getan werden sollte. Zunächst einmal dürfen wir nicht noch mehr Unsicherheit in das System bringen. Ich beziehe mich hier beispielsweise auf das Verbot der sofortigen Wiederwahl, das die unmittelbare und entscheidende Folge hat, dass es mehr Unsicherheit schafft, indem es per Gesetz dafür sorgt, dass unsere Politiker*innen immer dilettantischer werden und dass jemand, der ernsthaft in die Politik gehen will, keine 20- oder 30-jährige Karriere planen kann. Genau diese Art von Reformen müssen wir vermeiden.

Und es geht nicht nur um das Verbot der Wiederwahl. Die Kongressabgeordnete Adriana Tudela etwa schlägt vor, das Parlament auf gewisse Art teilweise zu erneuern, zum Beispiel um ein Drittel oder um die Hälfte. Dies würde im Grunde dafür sorgen, dass das Parlament alle zwei Jahre neu gewählt wird. Dieser ständige Wechsel würde, wie bereits gesagt, Amateurpolitiker*innen begünstigen, die auf schnellen Profit aus sind, und ebenso Politiker*innen, die über finanzielle Ressourcen verfügen und eigene Vertreter*innen ins Parlament bringen.

Wie das?

Ich nenne Ihnen als Beispiel den Fall von Pepe Luna, einem Politiker, der zwar über einige Erfahrung verfügt, aber vor allem ein Geschäftsmann ist, der in die Politik geht, um Einfluss zu gewinnen und seine Geschäftsinteressen zu vertreten. Wenn er dann nicht kandidieren kann, verfügt er über die Mittel, um seinen Sohn kandidieren zu lassen, und eine Reihe von Gefolgsleuten, die in den Kongress einziehen, um diese Aufgabe für ihn zu übernehmen. Mit diesen Maßnahmen, dem Verbot der Wiederwahl oder der Verlängerung der Amtszeit in der Mitte der Legislaturperiode, werden letztlich genau die Politiker*innen herausgedrängt, die vielleicht eine höhere Qualität haben, die vielleicht Karriere machen wollen, die aber aufgrund der fehlenden Kontinuität ausscheiden.

Und was können wir tun?

Erstens wird eine Wahlrechtsreform immer begrenzt sein. Es sind nicht die Gesetze, die die Schwäche der Parteien hervorrufen und diese Art von Politiker*innen hervorbringen. Zweitens funktionieren Institutionen endogen, d. h. sie reagieren auf die Akteure, die sie reformieren wollen. Außerdem haben die Politiker*innen in Peru, selbst wenn Reformen erreicht werden, viel Übung darin, den Geist eines Gesetzes zu umgehen. Wir müssen unsere Erwartungen herunterschrauben, und wir müssen uns unserer Lage, unserer Realität und dem, was uns bevorsteht, bewusst sein. Ich bin der Meinung, dass wir über eine öffentliche Finanzierung nachdenken sollten, und ich weiß, dass es dagegen viele Widerstände gibt, die eher persönlicher Natur sind.

In welchem Sinne?

Ich habe diese Frage mit mehreren Politikwissenschaftlern diskutiert, und alle sind anderer Meinung. Aber gehen wir einmal davon aus, dass finanzielle Mittel für die Politik von grundlegender Bedeutung sind. Ich meine, wir müssen angesichts des Fehlens von Parteien akzeptieren, dass die Repräsentant*innen in Peru Einzelpersonen sind und keine politischen Parteien. Deshalb könnte ich mir ein System vorstellen, in dem Politiker*innen, die dies wünschen, freiwillig öffentliche Mittel in Anspruch nehmen können, wenn sie sich zu bestimmten grundlegenden Dingen verpflichten, wie etwa dem Verzicht auf finanzielle Unterstützung von Privatleuten. Dies ist natürlich ein sehr allgemeiner Vorschlag, der in die Praxis umgesetzt werden müsste. Aber man kann etwas tun, indem man auf private Finanzierung verzichtet und, sagen wir, sein Bankgeheimnis aufgibt. Als ich Beamter war, hatte ich mein Bankgeheimnis aufgehoben, das ist nichts, was dem Staat fremd wäre.

Nehmen wir an, Sie finden einen Weg, das umzusetzen. Wie Sie selbst eben gesagt haben, sind unsere Politiker*innen geschickt darin, die Regeln nur scheinbar einzuhalten und das System immer zu umgehen.

Meine Antwort wäre, den Staat zu stärken. Wir brauchen einen Staat, der in der Lage ist, eine wirkliche Überwachung und Sanktionen umzusetzen. Das Problem bei der öffentlichen Finanzierung von Parteien ist, dass die Verantwortung verwässert wird. Politiker*innen müssten wissen, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit strafrechtlich sanktioniert werden, wenn sie staatliche Mittel erhalten und diese missbrauchen. Mein Vorschlag setzt voraus, dass wir die vollständige Personalisierung der Politik anerkennen und akzeptieren, dass wir mit diesen Anreizen dazu beitragen würden, diese Entwicklung bei der Suche nach – hoffentlich – besseren Kandidat*innen noch zu forcieren.

Das bedeutet einen Realitätsschock.

Nach 20 Jahren des Versuchs, die Parteien zu stärken, müssen wir vielleicht akzeptieren, dass diese Strategie nicht funktioniert hat. Das Gesetz über politische Parteien wurde 2003 verabschiedet, und die Parteien sind schwächer als damals. Ich denke, es ist an der Zeit, Notfallstrategien umzusetzen und natürlich langfristig zu denken. Dieses Finanzierungsmodell würde, wenn es Früchte trägt und funktioniert – was nicht garantiert ist, vielleicht in zehn oder fünfzehn Jahren Wirkung zeigen. Es wird sich nicht unmittelbar auf die Wahlen auswirken, wir sprechen hier von langfristigen Auswirkungen.

Welche Auswirkungen werden die Ergebnisse der bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen auf unser angeschlagenes politisches System haben?

Ich denke, dass wir ein sehr ähnliches Szenario wie 2018 erwarten können. In einigen Regionen sind die Parteien etwas stärker, aber das liegt nicht an den Parteien selbst, sondern daran, dass es ihnen gelungen ist, konkurrenzfähige Politiker*innen zu gewinnen. In anderen wiederum werden die regionalen Bewegungen stärker sein, wie im Fall von Puno. Aber auch hier überwiegen die unerfahrenen Politiker*innen. Trotzdem glaube ich, dass sich einige Regionen, anders als man in Lima denkt, als etwas stärker institutionalisiert erweisen werden, was das Parteiensystem betrifft.

Und in Lima?

Das Problem von Lima ist – grob ausgedrückt, dass es sehr schwer zu regieren ist. Und wenn man sich die Kandidaten anschaut, kann man vorhersagen, dass der Politiker, der gewinnt, weniger daran interessiert sein wird, die Probleme der Stadt zu lösen, was sehr viel Geld kostet. Die Chancen auf politischen Erfolg durch Verwaltungshandeln sind also sehr gering. Der einfachste Weg zum Erfolg – und wir wissen, dass sie alle Ambitionen auf das Präsidentenamt haben – ist also die Konfrontation mit der Regierung.

Interview: Diego Salazar/OjoPúblico

Übersetzung: Annette Brox

Original: <https://ojo-publico.com/3707/el-que-se-vayan-todos-refuerza-sistema-de-los-politicos-que-odiamos>



Pancho Soberón 2003 im Büro der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos Foto: Walter Schwenninger

4. In memoriam Pancho Soberón (1948 – 2022)

Am 7. Oktober 2022 verstarb in Lima mit 73 Jahren Francisco „Pancho“ Soberón. Pancho Soberón war eine der prägenden Figuren der peruanischen Menschenrechtsbewegung und hat sich bis zum Schluss für die Rechte von Opfern eingesetzt. Für die Infostelle Peru war er jahrzehntelang ein wichtiger Partner für gemeinsame Aktionen und Auskunftsperson über die Lage in Peru.

Wir sind dankbar ihn so viele Jahre gekannt zu haben. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Mitstreiter*innen.

Im Sinne einer Hommage verabschieden sich im folgenden Mitglieder und Freund*innen der Infostelle mit persönlichen Zeugnissen von ihrem Weggefährten „Pancho“.

Francisco „Pancho“ Soberón habe ich zuerst auf Veranstaltungen zur Menschenrechtssituation in Peru in Deutschland und Frankreich erleben können, zu denen er als Direktor von APRODEH eingeladen wurde. Während meiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Infostelle Mitte der 90er, habe ich ihn einmal in Lima in seinem Büro besucht. Erst 2019 lernte ich ihn dann näher kennen und als Freund zu schätzen. Die Folgen von Diabetes hatten ihn an die seine Wohnung gefesselt. Mehrmals die Woche habe besucht ich ihn und wir führten viele Gespräche über Menschenrechte, politische Lage, gesellschaftliche Perspektiven und internationale Ereignisse. Sein Wohnzimmer war so eine Art zentrale Anlaufstelle, Kontaktvermittlung und Kommunikationszentrale. Dort versammelte er Freund*innen, politische und zivilgesellschaftliche

Aktivist*innen, Kämpferinnen für Frauenrechte und Selbstbestimmung aus Lima, Peru und aller Welt um sich. Seine Tür stand immer offen und er war ein ausgesprochen sympathischer und zugewandter Gastgeber. Obwohl fast erblindet, nutzte er sein Smartphone, mit 5 cm Abstand vor einem Auge, für den fast pausenlosen Austausch von Dokumenten, Nachrichten und persönliche Gespräche. Wichtige Texte und Informationen wurden ihm von seinen Töchtern via WhatsApp vorgelesen.

Pancho ist für sein unermüdliches Engagement für die Menschenrechte, in Auseinandersetzung mit der repressiven Staatsgewalt Fujimoris wie mit dem Terror von Sendero Luminoso, oftmals unter Gefährdung seines eigenen Lebens, bekannt und beliebt geworden und wurde von den vielen Angehörigen ermordeter, verschwundener und gefangener Menschen geliebt und geschätzt.

Aber er war auch ein sehr politischer Mensch, den es in die Anden zog, wo er sich zuerst politisch in Bauernkämpfen sozialisiert hatte. Zeitlebens war er für eine gerechtere, sozialistische und demokratische Gesellschaft aktiv. Neben seinen so positiven charakterlichen Eigenschaften habe ich am meisten seine Weltoffenheit, seine kosmopolitische Einstellung und sein unerschrockenes Eintreten für die Menschenrechte geschätzt, auch und insbesondere in den Ländern, die gemeinhin als links oder sozialistisch gelten. Dogmatismus und unkritische „Linientreue“ waren nicht sein Ding, im Gegensatz zu vielen seiner Genoss*innen. Bis zu seiner Covid-Erkrankung hat er unermüdlich kommuniziert. Nun ist dieser großartige, immer optimistische Mensch gegangen. Ich werde ihn und sein „Kommunikationswohnzimmer“ immer vermissen.

Andreas Baumgart

Als ich mich im Jahr 2003 der peruanischen Menschenrechtsbewegung zuwandte, war Pancho Soberón bereits eine Referenzperson in der Verteidigung der Menschenrechte in Peru. In all diesen Jahren war er sehr präsent und wichtig, aber für mich auch schwer fassbar. Wir hatten ein gemeinsames Anliegen, aber ich erinnere mich nicht, dass wir eng in irgendeinem Thema zusammengearbeitet hätten. Erst 2015 lernte ich ihn näher kennen, als wir von der Menschenrechtsbewegung aus eine Gesetzesvorlage für Polizeieinsätze ausarbeiteten, die demokratischen Prinzipien genügt. Mehrere Male haben wir uns im IDL getroffen, zusammen mit Vertretern weiterer NGOs. Pancho konnte bereits schlecht sehen und litt unter Diabetes. Dennoch nahm er an den Versammlungen teil, trug zur politischen Analyse, zum Kontext und zum Gesetz bei. Ich erinnere mich, wie er intelligente Argumente vorbrachte und uns motivierte, ein gutes Gesetz auszuarbeiten. Was wir auch erreichten. Pancho war immer bewundernswert, trotz seiner Krankheit. Oder besser gesagt: dass er sich trotz seiner Krankheit weiter engagierte, machte ihn doppelt bewundernswert.

Cesar Bazán Seminario

Querido Pancho, ich erinnere mich, dass Du die erste Person warst, die ich diesen Satz sagen hörte: „*Die Würde des Menschen ist unantastbar.*“ Du sagtest auch, dass dieser Satz die Grundlage bildet für eine gerechte Gesellschaft bzw. für eine Welt in Frieden. Damals war ich am Anfang meines Jurastudiums. Zurzeit, viele Jahre später, sind diese Deine Wörter immer noch sehr wichtig. Deine Wörter sind mir immer gegenwärtig. Vielen Dank dafür, querido Pancho! Vielen Dank auch für Deine unermüdliche und mutige Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte in den schwierigsten Zeiten der Geschichte Perus. Du hast dafür gelebt. Hasta siempre compañero!

Saludos solidarios

Elena Muguruza



Pancho Soberón am Denkmal für die Opfer des Bürgerkriegs in Lima, "Ojo que llora" Foto: Archiv CNDDHH

Auf immer, Pancho!

Die Nachricht vom Tod Francisco „Pancho“ Soberóns in Lima kam nicht unerwartet, aber sie traf deswegen nicht weniger hart. Schon lange kämpfte er gegen eine ihn zunehmend beeinträchtigende Diabetes an. Eine zusätzliche Covid-19-Infektion hat er dann nicht mehr verkraftet. Er wurde 73 Jahre alt.

Sein Tod ist ein unersetzlicher Verlust für alle, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte in Peru und Lateinamerika einsetzen. Mit ihm ist einer der großen Standhaften gegangen, einer, der sein Ziel nie aufgab, Gerechtigkeit für alle zu ermöglichen. Wie wohl kaum jemand anderer verband Pancho Erfahrung und Verlässlichkeit mit Bescheidenheit und Herzlichkeit. Für mich selbst war er immer einer, den ich um Rat fragen konnte und das unbedingt auch tun wollte, bevor ich einer Sache aktiv nachging, ganz gleich, ob es um Organisationen, Personen oder politische Entwicklungen ging. Seine Einschätzungen waren für mich maßgeblich.

Panchos Einsätze gegen bewaffnete Gewalt und Straflosigkeit waren Meilensteine für die Menschenrechte in Peru. Er setzte sich dafür ein, dass die Massaker an der einfachen Zivilbevölkerung in den Anden, die für das städtische Lima nicht zählten, vor Gericht kamen. Er war Mitgründer der Nationalen Menschenrechtsorganisation APRODEH, Generalsekretär der Nationalen Menschenrechtskoordination CNDDHH, Vizepräsident der internationalen Menschenrechtsorganisation FIDH und viel mehr und vor allem: er war der wichtigste Kämpfer für

eine gerechte Bestrafung des ehemaligen diktatorischen Präsidenten Alberto Fujimori (1990-2000) und seines Geheimdienstchefs Vladimiro Montesinos.

Was der unermüdliche Einsatz gegen menschenverachtenden Machtmissbrauch an emotionalem Durchhaltevermögen verlangt, habe ich erst richtig begriffen, als Pancho uns Einlass verschaffte auf die Zuschauerplätze einer Gerichtssitzung im Prozess gegen den arrogant auftretenden Fujimori. Zu Beginn einer Pause drehte sich Fujimori winkend zu den Zuschauer*innen um, und von denen klatschten etliche. Mir stockte der Atem, wir waren am Boden zerstört, Pancho nicht. "Das sind die, die von Fujimori profitiert haben", sagte er. "Damit müssen wir umgehen."

Solch niederschmetternde Momente waren für Pancho kein Grund zurückzustecken. Selbst nicht, als 2008 der damalige Präsident Alan García sich daran machte, APRODEH mitsamt seinem Vorsitzenden Francisco Soberón wegen ihrer regierungskritischen Menschenrechtsarbeit als subversive Nestbeschmutzer anzugreifen. Den Ansatz der darauf folgenden Daumenschraube habe ich hautnah miterlebt. Die Europäische Volkspartei (EVP), die Fraktion der christdemokratischen und konservativen Parteien im Europäischen Parlament (EP), stellte im Vorfeld einer Resolution zum EU-Lateinamerika-Gipfel 2008 in Lima den Änderungsantrag, die frühere peruanische Guerilla MRTA, die längst so gut wie nicht mehr existierte, auf die EU-Liste der terroristischen Organisationen zu setzen. Das war direkt auf APRODEH gemünzt, die Alan García als Vorfeldorganisation der MRTA verunglimpft hatte.

Der Antrag wurde abgelehnt. Alan García und die EVP waren deswegen höchst verschnupft. Aus nie aufgeklärter Quelle tauchte noch am selben Abend ein sehr professionelles Video auf, das mit bedrohlichen Untermalung der Orff'schen Carmina Burana Pancho zum Hüter des MRTA-Schatzes machte, mit dessen Geldern APRODEH die Untergrabung der rechtmäßigen Ordnung Perus finanzieren würde. Pancho selbst hatte auf den Bildern einen Dolch im Rücken. Das Büro APRODHs wurde aufs Gemeinste beschmiert.

Das bedeutete höchste Sorge um das Leben Panchos. Bei der folgenden parlamentarischen Begleitung des EU-Lateinamerika-Gipfels in Lima war die Strategie nicht abtauchen, sondern ihn als international geachteten Experten zeigen. Daher waren wir dauernd mit Pancho auf den Straßen Limas unterwegs.

Aber: Wir konnten bald wieder nach Europa zurückfahren. Pancho nicht. Er überstand die Angriffe und machte, ja: er machte einfach weiter. Auch als seine Krankheit seinen Bewegungsspielraum zunehmend einschränkte und er fast blind war, gab er keineswegs auf. Ich wäre nie nach Lima gefahren, ohne zu versuchen, ihn dort zu sehen. Zunächst noch trafen wir uns, dann sprachen wir zumindest miteinander am Telefon.

Zuletzt waren seine Kommunikationsmittel vor allem elektronisch. Regelmäßig schickte er Artikel zu Menschenrechtsproblemen und -fragen in ganz Lateinamerika rund, oft mit der Aufforderung, aktiv zu werden. In jüngerer Zeit etwa zu den Entwicklungen in Kolumbien und Nicaragua.

Seine letzte Email war am 4. August die Weiterleitung eines Twitters zu APRODEH. Wieder wird seine Organisation diffamiert. Es ist nun unsere Aufgabe, Panchos Einsatz gegen alle Versuche, die Kreise der Mächtigen störende Menschenrechtsarbeit zu diskriminieren, fortzuführen.

Hasta siempre, Pancho!

Gaby Küppers und mit ihr die ila (Informationsstelle Lateinamerika e.V., Bonn)

Pancho Soberón: ein Leben und Arbeiten mit Prinzipien

Ich habe ihn im Jahr 1981 kennengelernt, im Parlamentsbüro unseres Vorsitzenden, des Abgeordneten Javier Diez Canseco, im Gebäude der CONACO in der Avenida Abancay. Ich war damals neu in einer Gruppe von Journalisten, die jeden Tag die Nachrichten zusammenfasste, um die Arbeit von Javier und anderen Vertreter*innen der Unidad Democratica Popular (UDP), der Vereinigten Linken (IU) und der Menschenrechtskommission des Kongresses zu unterstützen, in der mehrere von ihnen mitarbeiteten.

Diese Gruppe von Journalisten wurde zu einer Säule der Asociacion Pro Derechos Humanos (APRODEH), die Francisco Soberón und andere Mitarbeiter der Abgeordneten am 12. September 1983 gründeten. Als Journalist hielt ich immer Kontakt zu APRODEH, zu Pancho (wie wir ihn im Kreise der Freunde und politischen Weggefährten nannten), mit den Vorstandsmitgliedern und den Mitarbeitenden der ONG, und vor allem behielt ich den Kontakt zu Menschenrechtsthemen, solange ich in Peru war.

Mitte der 1990er Jahre verließ ich, wie so viele Peruaner*innen, das Land. Immer hielt ich den Kontakt zu Pancho. Bei mehreren Gelegenheiten begleitete ich ihn in Europa, bei seiner internationalen Arbeit und bei der Verbreitung und der Verteidigung der Anliegen der Menschenrechte. Sowohl im Allgemeinen, als auch in spezifischen Fällen von Menschenrechtsverletzungen, die von den Streitkräften und den bewaffneten Gruppierungen in Peru oder woanders auf der Welt begangen wurden.

Pancho war und wird immer ein Leuchtturm in der Verteidigung der Menschenrechte in der ganzen Welt sein. Ein Demokrat bis zu den Haarspitzen und ein wahrer Humanist, Revolutionär und Pazifist. Er verteidigte die Rechte der Menschen (und in seinen Werken wird er dies weiterhin tun), die Rechte aller menschlichen Gruppen, ohne einen Unterschied zu machen. Er verteidigte die Rechte der Frauen, der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen, der Menschen mit Behinderung, der Menschen mit anderer ethnischer, kultureller Herkunft, sexueller, ideologischer und politischer Orientierung. Er verteidigte auch die Rechte der Natur und der Tiere. Die verschiedenen Programme, Projekte und Aktionen von APRODEH, von Pancho gegründet, oder der Nationalen Menschenrechtskoordination zusammen mit 80 weiteren Organisationen in ganz Peru,

Südamerika und weltweit. Seine Arbeit fand immer im Rahmen einer auf Prinzipien basierenden Dynamik statt, in Zusammenarbeit und weltweit.

Mariano Paliza Mendoza (Nachrichtendirektor bei Radio Santa Rosa in den 1980er Jahren und von Radio Cadena in der ersten Hälfte der 1990er Jahre)

Pancho, der unermüdliche Kämpfer für die Menschenrechte, ist von dieser Welt gegangen, aber er hinterlässt uns so so viel Dankbarkeit für sein Leben. Er hinterlässt dieser und künftigen Generationen ein großes Vermächtnis.

Pancho war wie ein Baum, der mit seinen tiefen Wurzeln und seinem kräftigen Stamm diejenigen, die als Opfer des Grauens nach Gerechtigkeit riefen, unter seinen an Blättern reichen Ästen schützte. Pancho kämpfte für sie aus der Überzeugung seiner Liebe zu seinen Mitmenschen und seiner tiefen Menschlichkeit heraus.

Ich lernte Pancho 1983 kennen, dem Jahr der Gründung von APRODEH. 1985 wurde das Nationale Koordinationskomitee für Menschenrechte gegründet, dessen Exekutivsekretär Pancho ebenfalls war.

1985 organisierte Pancho zusammen mit anderen Menschenrechtsverteidigern die 1. Internationalen Menschenrechtskommission, um der Welt das Grauen und die Gewalt vor Augen zu führen, unter denen die am meisten vergessenen und ungehörten Menschen in unserem Land leiden. Die Kommission, der auch mein Mann Walter Schwenninger angehörte, befand sich in der Ausnahmezone und hörte sich die Zeugenaussagen der Familien der Opfer an, die Zeugnisse des Grauens.

In all diesen Jahren kämpfte Pancho mit seiner Liebe zum Leben unermüdlich für Gerechtigkeit und Menschenrechte, und in diesem Sinne war er der Mensch und Freund in Peru, mit dem wir am engsten zusammenarbeiteten. 1992 gründeten wir in Pensier als Infostelle zusammen mit Pancho und anderen Menschenrechtsverteidiger*innen die Europäische Koordination, um Advocacy- und Informationsarbeit zu leisten: über die Gewalt in Peru durch das diktatorische Regime Fujimori-Montesinos und den Leuchtenden Pfad, über die Bedrohungen und Ermordungen von Vertreter*innen von Basisorganisationen, insbesondere von sozialen Kämpferinnen, wie der am 15. Februar desselben Jahres ermordeten María Elena Moyano, zu leisten.

Das Regime sah sich gezwungen, die Fälle von La Cantuta und Barrios Altos zu verfolgen, da sie international verurteilt wurden. Pancho und APRODEH kämpften gegen das berüchtigte "Amnestiegesetz" zugunsten der Mörder der Colina-Gruppe und erreichten vor internationalen Gerichten dessen Aufhebung. Trotz der Drohungen erhob Pancho weiterhin seine Stimme. Mit dem Sturz des Regimes und der Flucht Fujimoris nach Japan begann der Kampf um dessen

Auslieferung und um Gerechtigkeit, Erinnerung und Wiedergutmachung. Im Jahr 2007 wurde Fujimori wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Während der Übergangsregierung von Valentín Paniagua wurde 2001 schließlich die Kommission für Wahrheit und Versöhnung (CVR) gegründet.

Und Pancho kämpfte beharrlich weiter für eine andere Welt, für ein Peru mit Rechten für alle Menschen.

Wie sehr werden wir dich vermissen! Hasta siempre, lieber Pancho!

Nani Mosquera-Schwenninger

5. Serie Umweltheldin: “Wir müssen lernen Nein zu sagen”

Alleinerziehende Mutter, Studentin und Drohnenpilotin: Mirian Sanchez aus Ucayali lässt sich nicht unterkriegen

Wenn Mirian Sanchez an ihr Heimatdorf Puerto Nuevo denkt, dann kommt bei ihr Wehmut auf: „Früher gab es so viele Fische im Fluss. Mein Vater brachte Säcke voll mit“, erinnert sich die heute 35-jährige. Fische seien das billigste Essen gewesen, oft seien die Reste an die Schweine verfüttert worden.

20, 30 Jahre ist das her. Heute, so Mirian, gibt es im Fluss wenig Fische und der Wald wird weniger, und damit auch die Wildtiere, die das notwendige Protein für die Shipibo-Familien lieferte. Der Raubbau an ihrer Heimat, dem Regenwald, ist in den letzten Jahrzehnten rasant fortgeschritten. Mit Hilfe neuer Technologien möchte Mirian Sanchez ihm nun Einhalt gebieten.

In ihrer Muttersprache Shipibo heißt Mirian „Panshin Bena“. „Das bedeutet fleißige Frau, wie meine Großmutter, die immer aktiv war, immer etwas unternahm“, sagt Mirian im langsamen, leicht singenden Spanisch der peruanischen Amazonasbewohner*innen. Geboren ist sie in Iparia, einer Provinz des Amazonas-Department Ucayali. Dort ging sie auch zur Schule – bis diese wegen zu geringer Schülerzahl geschlossen wurde. Im Gespräch erinnert sich Mirian daran, wie sie, die so gerne weiter zur Schule gegangen wäre, sich mit 11 Jahren als Kindermädchen bei einer Lehrerfamilie in Pucallpa verdingen musste. Wie sie sich nach ihrer Familie und dem Essen in ihrem Dorf sehnte. Wie die Kinder in Pucallpa sie wegen ihres fehlerhaften Spanischs verspotteten. Immerhin in den Ferien durfte sie nach Iparia zurückkehren, beendete die Sekundarschule. Für eine weitere Ausbildung hatte die Familie kein Geld mehr, zumindest nicht für die Mädchen der neunköpfigen Familie.



Mirian Sanchez. Foto: Carlos Franco

Mirian arbeitete eine Zeit lang in einem Restaurant an der Fernstraße, die von Ucayali nach Lima führt.kehrte zurück ins Dorf, wurde schwanger, musste das Baby bei ihrer Mutter lassen, und arbeitete als Hilfslehrerin, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Tochter zu bestreiten.

Den Traum von einem eigenen Studium aber hat sie nie aufgegeben.

Heute lebt die junge Frau mit ihren beiden 18 und 11 Jahre alten Töchtern in der Hauptstadt Pucallpa und studiert im 7. Semester zweisprachige Grundschulpädagogik an der Interkulturellen Universität von Pucallpa. Bald wird sie ausgebildete Lehrerin sein. Ihren Lebensunterhalt verdient sie sich momentan noch mit dem Verkauf selbstgemachten Shipibo-Schmucks.

Zum Interview kommt Mirian in der Festtagskleidung der Shipibo-Frauen: einen knielangen Rock mit Zeichnungen, die an ein Labyrinth erinnern. Und eine rote Bluse mit gesticktem rundem Kragen. Dazu lange Ohrringe aus Plastikperlen in verschiedenen Mustern – die Ohrringe und Ketten stellt sie selbst her. Sie rückt ihre Brille im sorgfältig geschminkten Gesicht zurecht, bevor sie erzählt, wie die Technologie in ihr Leben getreten ist. „Ich habe immer an den Versammlungen unseres Dorfverbandes teilgenommen. Dort fragte mich der Vorsteher, ob ich nicht an einem Waldschutzprojekt der NGO Rainforest teilnehmen wollte, um den Wald besser zu schützen.“ Mirian wollte und lernte erstmals eine Handy-App zu bedienen, um den Standort via GPS zu bestimmen und weitergeben zu können. Dann lernte sie, wie man eine Drohne fliegt. Dieses Wissen gibt sie auch in anderen Gemeinden weiter.

Staatliche Behörden wie auch internationale NGOs setzen beim Waldschutz [immer mehr auf den Einsatz modernster Kommunikationstechnologie](#). Mirian Sanchez ist von dessen Sinn überzeugt: „Damit müssen wir nicht mehr so tief in den Wald gehen und uns nicht direkt mit den Eindringlingen konfrontieren. Wir können neue Holzschläge aus der Luft dokumentieren und an die Behörden weitergeben.“ Als Kind hat sie erlebt, wie Holzfäller ihnen verboten haben, weiter in den Wald zu gehen – obwohl es Shipibo-Gemeinschaftsland war. Ucayali war und ist noch heute fest in den Händen der Holzfäller und -händler, illegaler wie legaler. Da jedoch schon sehr viel wertvolles Tropenholz gefällt wurde und nicht mehr viel davon übrig ist, wird der Druck zur Abholzung heute vor allem durch die weltweite Nachfrage nach Kokain ausgelöst. „Oft sind es Fremde, die ins Dorf kommen, Gemeindeland besetzen und Koka anbauen“, erzählt Mirian Sanchez. Meist seien Leute aus dem Dorf oder sonstige Bekannte die Mittelsmänner. Wenn sich eine Gemeinde dagegen wehrt, kommt es zu Streit und Drohungen, die bis zum Mord führen können. Die Corona-Pandemie hat illegale Machenschaften im Amazonasgebiet noch befördert und damit auch die Zahl der ermordeten Umweltschützer in die Höhe getrieben. 14 Umweltschützer wurden im peruanischen Amazonasgebiet [seit 2020 umgebracht](#). Dementsprechend hat auch die illegale Abholzung zugenommen, [23% alleine seit dem Jahr 2020 im Departament Ucayali](#).



Mirian Sánchez weiß, wie gefährlich es sein kann, sich für den Schutz des Waldes oder einfach für die Verteidigung des Gemeinschaftslandes einzusetzen. Der Einsatz von Drohnen und die Ermittlung von GPS-Daten mittels Handys hilft, die Risiken einer direkten Konfrontation mit den Eindringlingen zu vermindern. Zugleich ist sich Miriam aber bewusst, unter welchem Druck ihre Landsleute stehen. „Wir bauen bei uns Bananen an, das einzige, das wir auf dem Markt verkaufen können.“ Der Erlös ist sehr gering, und die Versuchung, mit dem Anbau illegaler Koka mehr zu verdienen, groß. Miriams Bitte an Menschen im In- wie Ausland, die den Amazonas-Wald schützen wollen, geht denn auch in diese Richtung: „Helft uns dabei, alternative Einkommensmöglichkeiten zu schaffen oder dass wir für unsere Produkte besser bezahlt werden.“ Und den Jugendlichen müssten bessere Chancen auf eine Ausbildung oder ein Studium verschaffen werden. „Deswegen

brauchen meine Leute ja das Geld, damit ihre Kinder studieren können.“ Ohne ein Auskommen für die Bewohner*innen des Regenwaldes sei es schwierig, ihn zu schützen.

Mirian ist stolz darauf, eine Shipibo-Frau zu sein. Umso wichtiger ist es ihr, dass auch die Frauen ihre Stimme erheben und dass sie nicht länger Opfer von Misshandlungen werden. „Es ist Zeit, dass wir Frauen solche Beziehungen nicht mehr tolerieren.“ Eine nachhaltige Entwicklung ihrer Heimat könne nur geschehen, wenn die Frauen besser ausgebildet werden, wenn sie aktiv einbezogen werden. Eine große Herausforderung, in der auch Mirian als alleinerziehende Mutter, Studentin, Familienernährerin und Umweltaktivistin steht. „Manchmal ist es sehr hart für mich, dies alles zu vereinen, aber ich sehe es als positive Herausforderung.“

Mit ihren Kursen in der Handhabung von GPS und Drohnen hilft sie Menschen in anderen Dörfern, besser auf ihren Gemeinschaftswald aufzupassen. „Die Menschen sehen allmählich, dass sie das für sich selbst tun, nicht für eine NGO oder eine Behörde, die von außen kommt.“ Viel Wissen, viel Information sei nötig, damit die Menschen in den Dörfern entscheiden könnten, welche Art von Entwicklung sie wollen. Zu welchen Vorschlägen von außen sie Ja und zu welchen sie Nein sagen müssen. „Wir müssen lernen auch Nein zu sagen“, ist Mirian Sanchez überzeugt, als Frau und als Mitglied ihrer Shipibo-Gemeinschaft.

Noch gibt es wenige Shipibo-Frauen, die Führungsrollen in ihren Dörfern und Vereinigungen übernehmen. Mirian kann sich gut vorstellen, in Zukunft mehr Verantwortung für ihre Gemeinschaft zu übernehmen. Damit die Jugendlichen eine Zukunft haben, „damit sie wieder Fische im Fluss fangen können“.

Bei ihren eigenen Kindern ist die Botschaft bereits angekommen. „Als ich einen Mango-Baum in unserem Hof fällen wollte, weil er uns Licht nahm, stellte sich meine Tochter entgegen und sagte: Das darfst du nicht, der Baum gibt uns Luft zum Atmen.“

Hildegard Willer

6. Noch drei Jahre zur Rettung des Amazonas

255 Millionen Hektar sind unmittelbar gefährdet

Eine aktuelle Studie zeigt, dass dringend gehandelt werden muss, um 80% des Amazonasgebiets bis 2025 zu retten. Wenn dies nicht gelingt, ist ein Kipppunkt erreicht, von dem aus die Zerstörung nicht mehr aufgehalten werden kann. Auf der Nachrichtenplattform [OjoPúblico](#) hat Xilena Pinedo die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts zusammengefasst. Der folgende Artikel ist eine leicht gekürzte Übersetzung.

Das Amazonasgebiet hat einen Kipppunkt erreicht, von dem es kein Zurück mehr gibt. Zu diesem Schluss kommt der Bericht [„Amazonien im Kampf gegen die Uhr: Wo und wie 80% bis 2025 schützen“](#) des Red Amazónica de Información Socioambiental Georreferenciada (Raisg). In den letzten zwei Jahrzehnten hat das Amazonasgebiet, das etwa 40% der Fläche Südamerikas ausmacht, ca. 54 Millionen Hektar Wald durch Abholzung verloren. Das entspricht der Größe von Spanien oder Frankreich.

Diese Schädigung der Ökosysteme führt nicht nur zum Verlust der biologischen Vielfalt, sondern hat auch Auswirkungen auf die mehr als 500 indigenen Völker des Amazonasbeckens. „Zwanzig Prozent des Amazonasgebiets sind bereits durch Abholzung zerstört oder mit Quecksilber und Öl verseucht, es ist eine Katastrophe. Wir wollen nicht, dass die Fläche des Amazonas auf weniger als 80 % zurückgeht, denn das wäre unsere Vernichtung“, erklärt Gregorio Díaz, Angehöriger des venezolanischen Volkes der Wakuenai Kurripaco und Vorsitzender des Dachverbands der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA.

Hinzu kommt die Ermordung indigener Anführer*innen bei Auseinandersetzungen über die Vergabe von Land und natürlichen Ressourcen. Allein im Jahr 2020 wurden in Lateinamerika 165 Mitglieder von indigenen Gemeinden ermordet.

Vor diesem Hintergrund erklären Vertreter*innen indigener Völker und Forscher*innen aus neun Amazonasländern: 80% des Amazonasgebiets müssen bis 2025 geschützt werden. 74% des Amazonasgebiets besteht aus intakten (33%) und wenig degradierten (41%) Schlüsselgebieten. Um diese zu schützen, müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, so der Bericht. Ebenso sei die Wiederherstellung von 6 % der stark degradierten Flächen von entscheidender Bedeutung, um den derzeitigen Trend zu stoppen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie ist der Zusammenhang zwischen der Anerkennung indigener Territorien und der Erhaltung von Ökosystemen. 255 Millionen Hektar haben keine territorialen Verwaltungssysteme, d.h. sie wurden weder als Schutzgebiete noch als indigene Gebiete kategorisiert. „Im Gegensatz zu Schutzgebieten verfügen indigene Gebiete nicht über staatliche Gelder oder Fördermittel der internationalen Gemeinschaft. Sie weisen jedoch einen vergleichbaren oder sogar höheren Erhaltungsgrad auf als Schutzgebiete“, erklärt Carmen Josse, Vertreterin von Raisg in Ecuador. Aus dem Bericht geht hervor, dass Gebiete ohne jegliche Ausweisung die größten Veränderungen verzeichnen (33%). Das ist fünfmal mehr als in Schutzgebieten (6%) und mehr als achtmal mehr als in indigenen Gebieten (4%).

„Wir möchten die sehr wichtige Rolle der indigenen Gebiete hervorheben. Diese ist weder in der wissenschaftlichen Gemeinschaft noch im Kampf gegen den Klimawandel sichtbar“, erklärt Marlana Quintanilla, eine der Hauptautor*innen der Studie.



Foto: [Rettet den Regenwald/Flickr](#) (CC BY-NC-SA 2.0)

Der Kipppunkt, an dem die Zerstörung unumkehrbar ist, ist schon erreicht.

Aus dem Raisg-Bericht geht hervor, dass 26% des Amazonasgebiets von Entwaldung und Degradierung betroffen sind. Seit 2001 sind jedes Jahr durchschnittlich zweieinhalb Millionen Hektar verloren gegangen. „Jedes Jahr werden Wälder in der Größe von Haiti abgeholzt. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich der Amazonas am stärksten verändert“, sagte Quintanilla.

Auch die Zahl der Brände in der Region hat zugenommen. Bis 2018 brannten schätzungsweise 17 Millionen Hektar pro Jahr. Im Jahr 2019 stieg die Zahl auf 25 Millionen Hektar an. 2020, während der Pandemie, waren es 27 Millionen Hektar.

Mit all diesen Veränderungen steht der Amazonas am Anfang einer unumkehrbaren Zerstörung, die von Forscher*innen als „Kipppunkt“ oder „Point of no Return“ bezeichnet wird. Auch wenn 26% der entwaldeten und degradierten Fläche eine geringe Zahl zu sein scheinen, so übersteigt sie doch den definierten Grenzwert.

Im Jahr 2019 wiesen die Forscher Thomas Lovejoy und Carlos Nobre in einem Artikel in der Zeitschrift [Science](#) darauf hin, dass der „Point of no Return“ in dieser Region erreicht ist, wenn Entwaldung und Degradierung zusammen die Schwelle von 20-25% überschreiten. Damals lag sie

bei 17%. Drei Jahre später ist die Zahl um neun Prozentpunkte gestiegen. Mit anderen Worten: Die kritische Schwelle ist bereits überschritten.

Die zunehmende Entwaldung und Degradierung im Amazonasgebiet geht über den Verlust von Bäumen hinaus. "Wenn ein Baum fällt, fallen die Umweltschützer*innen und die Menschen, die dort leben. Biodiversität, Ökosystemleistungen, Kultur, indigene Sprachen und jahrtausendealtes Wissen gehen verloren", so die Wissenschaftlerin Alicia Guzmán.

Die national festgelegten Beiträge (NDCs) zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sehen in Peru bis 2030 eine Null-Abholzung und eine Reduzierung der prognostizierten Emissionen um 40% vor. Die Untersuchung von Raisg kommt jedoch zu dem Schluss, dass der Zeithorizont 2030 nicht der Realität entspricht und dass die nächsten drei Jahre für den Schutz des Amazonas entscheidend sein werden. Die Region sei schon nahe an einem irreversiblen Zustand, in dem das derzeitige Ausmaß der Degradation und Entwaldung Wiederherstellungsprozesse verhindert und die Savannisierung beschleunigt.

Der Wandel der amazonischen Ökosysteme ist nicht einheitlich und schreitet in jedem Gebiet unterschiedlich voran. Die Untersuchung ergab, dass Brasilien und Bolivien für 90% der Entwaldung und Degradierung in der gesamten Amazonasregion verantwortlich sind. Damit, so die Autor*innen, haben diese Länder bereits einen Prozess der unumkehrbaren Savannisierung eingeleitet. In Brasilien befinden sich 34% des Amazonasgebiets in einem Umwandlungsprozess, in Bolivien sind es 24%. Die Zahlen für die anderen Länder des Amazonasbeckens: 16% Umwandlung in Ecuador, 14% in Kolumbien, 10% in Peru, 5% in Venezuela, 3% in Guyana, 2% in Surinam und 0% in Französisch-Guayana.

Die globalen Auswirkungen des Verlustes des Amazonasgebietes sind erheblich. Die Region beherbergt ein Drittel der Länder mit der weltweit größten biologischen Vielfalt, enthält 20% des weltweiten Süßwassers und produziert 20% des Sauerstoffs der Erde. Die Zerstörung des Amazonasgebiets bedeutet eine Beeinträchtigung dieser ökologischen Funktionen, den Verlust seiner Fähigkeit, Feuchtigkeit zu speichern und als Kohlendioxidsenke zu dienen. "Dies führt zu einem stärkeren Absterben der Bäume, es entsteht mehr Kohlendioxid, und da es mehr trockene Biomasse gibt, haben Brände unter trockenen Bedingungen mehr pflanzlichen Brennstoff, um sich auszubreiten", erklärt Marlene Quintanilla.

Millionen von Hektar gefährdet

Der Bericht wie auch der 5. Amazonas-Gipfel der indigenen Völker will mehr als Kennzahlen über den Zustand des Amazonas liefern. Er ist ein Aufruf zum Handeln zur Rettung der amazonischen Ökosysteme. "Der Amazonas-Gipfel ist für uns die Gelegenheit, der Welt zuzurufen, dass wir genug von der Heuchelei haben und dass die Länder uns in einer Weise unterstützen müssen, die uns zusteht, nämlich als Partner und nicht als Profiteure. Wir wissen, was für die Menschheit und

für unsere Völker auf dem Spiel steht. Wir wollen die Regierungen und die Banken erreichen und sie über die Situation im Amazonasgebiet informieren“, sagt Gregorio Díaz.

Das Amazonasgebiets zu schützen, ist grundsätzlich nur mit der Anerkennung indigener Territorien möglich. Der Untersuchung zufolge erfolgte 86% der Entwaldung in Gebieten, in denen es kein territoriales Verwaltungssystem gibt, die also nicht als Schutzgebiete oder indigene Territorien titulierte sind.

Aus dem Bericht geht hervor, dass durch die Ausweisung eines Gebiets als indigenes Territorium 45% seiner Flächen als intakte Gebiete und 48% als Gebiete mit geringer Degradation erhalten werden können. Die Ausweisung als Schutzgebiet führt dazu, dass 47% als intakt und 43% als geringfügig geschädigt erhalten bleiben. „Wir haben festgestellt, dass alle Flächen, die sich in indigenen Gebieten oder Schutzgebieten befinden, einen besseren Erhaltungszustand aufweisen als die Gebiete außerhalb“, erklärt Marlene Quintanilla. Dabei gibt es jedoch einen entscheidenden Unterschied: Schutzgebiete verfügen über Finanzmittel. Indigene Gebiete weisen trotz fehlender finanzieller Mittel ein gleiches oder höheres Schutzniveau auf als Schutzgebiete. Außerdem gibt es einen großen konzeptionellen Unterschied: Während Schutzgebiete zum Zweck der Erhaltung geschaffen wurden, haben indigene Gebiete dieses Ziel nicht. „Indigene Territorien sind die Anerkennung der jahrtausendealten Territorien dieser indigenen Völker, ihrer Lebensweise und ihrer Kosmvision im Einklang mit dem Amazonas. Dadurch können sie ein solch hohes Schutzniveau erreichen. Ihr Ziel ist es nicht, eine weitere Naturschutzorganisation zu werden, sondern dass ihre Rolle, ihre Lebensweise und ihr Wissen anerkannt werden“, sagt Quintanilla.

Im Gegensatz zu den hohen Raten von erhaltenem Wald in diesen Gebieten gibt es 255 Millionen Hektar noch intakte und wenig degradierte Flächen, die nicht als Schutz- oder indigene Gebiete ausgewiesen und dem Bergbau ausgesetzt sind. „66% des Amazonasgebiets unterliegen einer Art von festem oder permanentem Druck. Wo es eine starke staatliche Präsenz gibt, gibt es legale Drohungen und Druck oder Triebkräfte, und wo die staatliche Präsenz schwach ist, gibt es illegale Triebkräfte“, so das Fazit der Studie.

Eindämmung der wichtigsten Bedrohungen

Die Hauptursachen für die Zerstörung des Amazonasgebiets sehen die Autor*innen der Studie in den Lieferketten der Industrieländer. „Ohne es zu wissen, essen, transportieren und kleiden wir uns mit Produkten, die den Amazonas zerstören“, sagt Alicia Guzman. Einer der Bereiche mit den schlimmsten Auswirkungen ist laut dem Bericht der Agrarsektor. Er ist für 84% der Entwaldung verantwortlich. In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass 17% der Fläche Amazoniens vom Bergbau betroffen sind und 9,4% von Ölfeldern eingenommen werden.

Landwirtschaft, Bergbau, Ölgewinnung – all dies ist dank der im Amazonas vorhandenen Ressourcen möglich, sagt Gregorio Díaz. Dies spiegelt sich jedoch nicht in der Unterstützung für

die indigenen Gemeinschaften wider, die in diesem Ökosystem leben und es erhalten. "Öl, Gold, Drogen und eine Menge Geld verlassen den Amazonas. Aber unsere Gemeinden haben keine Lehrer*innen, keine Schulen, keine Krankenhäuser und keine soziale oder wirtschaftliche Versorgung", sagte er.

Schließlich weist der Raisg-Bericht darauf hin, dass die Auslandsverschuldung die Entwaldung und Degradierung systematisch fördert. Die Verschuldung – durchschnittlich 78% des lateinamerikanischen Bruttoinlandprodukts – treibt die Länder zu einer Fortsetzung der Bergbauaktivitäten an.

"Die Botschaft, die wir vermitteln wollen, ist, dass wir nicht noch einen Hektar verlieren dürfen. Die Party ist vorbei. Schluss mit der Bergbauindustrie, es ist vorbei. Wir wollen nicht apokalyptisch sein, aber wenn es den Amazonas nicht mehr gibt, ist auch der ‚Point of no Return‘ des Planeten erreicht", sagt Alicia Guzmán.

Ein Aufruf zum Handeln

Der Bericht präsentiert nicht nur kritische Zahlen, sondern gibt auch Hoffnung, dass 80% des Gebietes erhalten werden können. Hierfür empfiehlt er eine Reihe von Maßnahmen, die die Länder des Amazonasbeckens unverzüglich ergreifen sollten. "Obwohl die Daten den Anschein erwecken, dass bereits alles verloren ist, schlagen wir im Gegenteil vor, dass wir mit der Wiederherstellung und Sanierung des Amazonas beginnen müssen. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt", sagte Marlene Quintanilla.

Die erste Empfehlung: 100 Millionen Hektar indigener Gebiete, deren Titulierung verhandelt wird oder bereits geplant ist, müssten sofort anerkannt werden. Darüber hinaus soll es ein Moratorium geben, um die mehr als 250 Millionen Hektar zu schützen, für die es keinerlei territoriale Regelung gibt.

Außerdem schlägt die Studie ein Modell der gemeinsamen Verwaltung zwischen indigenen Völkern und staatlichen Behörden vor und macht einen Vorschlag für den Erlass der Auslandsschulden der Amazonasländer. Diese Annullierung wäre an die Bedingung geknüpft, dass 80% des Amazonasgebietes geschützt werden.

Das Hauptziel des 5. Gipfels der indigenen Völker Amazoniens ist es, Länder, Industrie und die gesamte Bevölkerung aufzufordern, jetzt zu handeln und den Amazonas zu schützen und dabei das Wissen und die Lebensweise der indigenen Völker zu berücksichtigen.

"In der wissenschaftlichen Gemeinschaft suchen wir nach Lösungen, die sich natürlich auf die Wissenschaft und die Fakten stützen, und wir suchen nach der Formel zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels. Aber vielleicht haben wir die indigenen Gebiete nicht genügend

berücksichtigt, die uns zeigen, dass sie mit ihrem traditionellen Wissen über Ökosysteme ein Erhaltungsmodell haben, das verstanden und anerkannt werden muss“, so die Wissenschaftlerin Quintanilla.

Xilena Pinedo, Ojo Público (<https://ojo-publico.com/3674/mas-de-250-millones-de-hectareas-de-la-amazonia-en-riesgo>)

Übersetzung und Redaktion: Annette Brox

Aus Anlass der Studie und des Appells der COICA für einen „Globalen Pakt zur Rettung von 80% des Amazonasgebietes“ hat die Organisation Rettet den Regenwald eine unterstützende Petition gestartet: „Die Weltgemeinschaft muss handeln und einen globalen Pakt zum Schutz von 80 % des Amazonasgebietes bis 2025 beschließen.“ Die Petition kann hier unterschrieben werden.



Clorinda Aguilar, ebenfalls Koka-Produzentin, äußert sich zur Bedeutung der Wiederaufwertung des traditionellen Koka-Gebrauchs: „Wir erzeugen unsere Koka-Blätter traditionell und respektieren unsere Pflanze“, sagt er. Der Koka-Anbau in La Convención wurde von Generation zu Generation weitergereicht und hat überdies die Erziehung und Bildung vieler ihrer Kinder finanziert. © Jimena Rodríguez

7. Fotoreportage: Coca o Muerte – Koka oder Tod

Ein Besuch bei traditionellen Koka-Bauern in La Convención, Cusco

“Coca o Muerte” ist ein laufendes Projekt, welches die offiziell registrierten Produzent*innen des Coca-Blattes in der Provinz „La Convención“ in Cusco, Peru begleitet.

Obwohl sie nur einen kleinen Prozentsatz ausmachen, sind diese Coca-Produzent*innen von der peruanischen Regierung nicht gern gesehen. Der Staat ist ihren Forderungen nicht nachgekommen bzw. hat sie ignoriert: Angefangen bei unzureichenden Bezahlungen für den Anbau der Coca-Pflanze (der Staat ist die einzige Institution, von der sie Geld für die Koka bekommen dürfen) über fehlende ordnungsgemäße Anerkennung bei dem nationalen Coca-Unternehmen „Enaco“ bis hin zum allmählichen Verlust ihrer Kokablätternte.

Auch während der Pandemie lief das Projekt unter dem Motto „Coca o Muerte“ (Coca oder Tod) weiter und dient dazu, die medizinische und traditionelle Bedeutsamkeit der Pflanze, die sie lange vor ihrer illegalen Verwendung hatte, hervorzuheben.

Jimena Rodríguez

Übersetzung: Svenja Pesch



Für den Bauern Daniel Ccama macht der Anbau des Coca Blattes neben anderen Produkten wie Kaffee oder Früchten sein Einkommen aus. Bei ihm zuhause, ein Stück außerhalb der Stadt Quillabamba, gibt es große Hallen, in denen die Blätter vor dem Trocknungsprozess gelagert werden. © Jimena Rodríguez



Im März 2021 führte der Verbund der Bauern und Bäuerinnen von La Convención, Yanatile und Lares einen dreiwöchigen Streik an. Während der zweiten Coronawelle haben sie entschieden, ihren Kampf mit dem staatlichen Enaco-Unternehmen, das den Einkauf ihrer Ernte verweigerte, zu radikalisieren. Für viele Bauernfamilien der Provinz macht der Verkauf der Coca-Pflanze ihr tägliches Einkommen aus. © Jimena Rodríguez



Elsa, eine Coca-Produzentin, bringt ihre Coca Ernte für den Trocknungsprozess auf dem Hof ihrer Hauses unter. Das warme Klima der Stadt Quillabamba ist bestens geeignet für den Anbau und die richtige Trocknung der medizinischen Heilpflanze, bevor sie für den Weiterverkauf an Enaco in Säcke abgepackt wird. © Jimena Rodríguez



Daniel Soncco, Coca-Bauer, erntet die Koka-Blätter auf seinem Grundstück. Üblicherweise erzielen die traditionellen Koka-Erzeuger ihr Einkommen auch durch den Anbau anderer Produkte wie Kaffee, Früchte oder Kakao. © Jimena Rodríguez



Ilustración 1 Jaime Flores gibt einen kleinen Teil seiner Koka-Ernte an einen Nachbarn weiter. Seine Mutter Nicolasa begleitet ihn an einem Sonntag: Ein typischer Tag für gemeinsame Familienessen oder -ausflüge. © Jimena Rodríguez



Der Bauer Sabino Bejar erklärt, dass die Botschaft hinter dem Narrativ von der Ausrottung der Koka-Pflanze - ohne zwischen legalem und illegalem Koka-Anbau zu unterscheiden - schwerwiegende Konsequenzen mit sich bringt. „Wir sind offiziell registrierte Produzenten, und wenn man davon spricht, den Koka-Anbau auszurotten, dann zerstören sie damit auch unser Leben. Der Staat hilft uns nicht, auch nicht durch staatliche Koka-Aufkaufstelle Enaco. Sie führen bei uns Projekte durch, damit wir Obst anbauen, aber niemand berücksichtigt, dass diese nur saisonal geerntet werden können. Das Koka-Blatt dagegen ist unser monatliches Einkommen, davon leben wir.“ © Jimena Rodríguez



*Jeden Montag und jeden Donnerstag gehen die Produzent*innen in die Bürogebäude von Enaco im Bezirk Santa Ana. Viele warten auf eine Zahlung von 70 Soles (ca. 18 Euro) pro vollem Sack Coca-Blätter. Die Produzent*innen demonstrieren dagegen, dass Enaco sie seit Jahren nicht gerecht bezahlt, obwohl sie eine überdurchschnittliche Qualität liefern. © Jimena Rodríguez*

8. Kupfer aus Peru: Ungereimtheiten in der Vorzeigemine Antamina

Während der Streit um den Wasserverbrauch der neuen Mine Quellaveco entflammt, möchte Antamina seine Produktion ausweiten – mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt.

In der Kampagne zur Präsidentschaftswahl 2021 hatte Pedro Castillo viele Versprechungen zum Bergbau gemacht, sogar dessen Verstaatlichung erwogen, wenn er nicht dem Volk diene. In seiner jetzigen Politik dagegen öffnet er den Bergbau für ausländische Investitionen und lässt „übermäßige“ Umweltschutzregelungen gar entfallen. Auch eine angedachte Steuerreform mit einer Abschöpfung von Sondergewinnen der Bergbaukonzerne durch gestiegene Preise für Erze und Mineralien ist vom Tisch. Diese hatte sein erster Finanzminister, Pedro Francke, als wichtigste Säule eines reformierten Finanzierungs- und Verteilungsmodells des peruanischen Staates angesehen. Der aktuelle Finanzminister, Kurt Burneo, verkündete kürzlich, für die Erschließung neuer Lagerstätten werde die vorübergehende Aufhebung der Mehrwertsteuer für Explorationsarbeiten – eine Pandemie-Ausnahmeregelung –, um zwei weitere Jahre verlängert.

Unternehmen üben Druck auf die Regierung aus

Peru erlebt derzeit eine aggressive Kampagne des Unternehmerverbandes CONFIEP, um die Regierung von Präsident Pedro Castillo unter Druck zu setzen. Ziel der Unternehmerkampagne ist es, die erteilte Bewilligung für die Wasserrechte beim Bergbauprojekt Quellaveco (Moquegua – Südperu) aufrechtzuerhalten, die Forderungen der anliegenden Gemeinden zurückzuweisen und damit einen potenziellen Präzedenzfall für ähnliche Vorhaben zu verhindern. Quellaveco ist eines der grössten Kupfervorkommen Perus und sein Abbau soll noch dieses Jahr beginnen.

Doch die Bewohner des Valle Tambo lehnen die Entscheidung der Wasserbehörde ANA ab, 22 Millionen Kubikmeter Wasser der Flüsse Titiri und Vizcachas für die Operationen der Kupfermine abzuzweigen, denn sie bilden die wichtigsten Zubringer des Río Tambo des gleichnamigen Tals. Dieses ist für die landwirtschaftliche Produktion Arequipas von großer Bedeutung; so stammen z.B. 25 Prozent des peruanischen Knoblauchs aus dem Tal, das bereits jetzt in der Trockenzeit unter erheblichem Wassermangel leidet. Nach Wochen wachsender Proteste in der Region hatte Castillo Anfang Oktober eine Gruppe bäuerlicher Vertreter*innen getroffen, die im Anschluss ankündigten, die Entscheidung der Wasserbehörde werde von einer technischen Kommission überprüft und eventuell rückgängig gemacht. CONFIEP (SNMPE) haben daraufhin in den vergangenen Tagen wiederholt Anzeigen in Printmedien geschaltet, in denen der Regierung vorgeworfen wird, die Investitionssicherheit des Landes aufs Spiel zu setzen.

Antamina – eine Vorzeigemine ?

Während Quellaveco erst noch seinen Betrieb aufnehmen soll, operiert das Kupferabbauprojekt Antamina im nordperuanischen Departament Ancash bereits seit 2001, also seit über 20 Jahren. Das Unternehmen Antamina, mit 20 Prozent Anteil an der Gesamtförderung des Landes derzeit der größte Kupferproduzent mit der gleichnamigen Mine, bewirbt sich als erfolgreiches Beispiel für Nachhaltigkeit, ja sogar als praktizierendes Unternehmen eines „grünen“ Bergbaus. So soll bis 2030 der komplette Wasserverbrauch der Mine, einer der zehn größten Kupferabbaustätten der Welt, in einem Kreislaufsystem wiederverwendet werden und auf keine externen Ressourcen zurückgreifen, außer auf Regenwasser.

Dem Konsortium, bei dem Unternehmen aus vier Kontinenten die Anteile halten (BHP Billiton/Australien 33,75%, Glencore/Schweiz 33,75%; Teck/Kanada 22,5%, Mitsubishi/Japan 10%), ist viel daran gelegen, solche „Erfolge“ zu feiern und die Chronik an Protesten, die den Abbau seit der Eröffnung im Mai 2001 begleiten, herunterzuspielen.

Die letzten größeren Demonstrationen im Oktober 2021 richteten sich sowohl gegen Umweltschäden als auch gegen die Austrocknung von Lagunen in der Nähe der Gemeinschaft Aquia, die sich in der Nachbarschaft des auf 4.300 Meter Höhe gelegenen Tagebaus befindet. Die Bewohner*innen beklagen, dass die Mine das Gelände der *Campesino*-Gemeinschaft als Müllhalde missbraucht und dass die teils unterirdischen Förderrohre, die in ihrem Territorium verlegt wurden, um die Mineralien zur Küste zu befördern, das Grundwasser haben versiegen lassen und bereits kleinere Lagunen ausgetrocknet sind. Zeitgleich protestierten hunderte Bürger des ehemals florierenden Fischereihafens Huarmey gegen die Minengesellschaft. Mitten in der ruhig gelegenen, weil von Bergausläufern geschützten und tiefen Bucht des Küstenortes, endet die 304 Kilometer lange Pipeline des Fördersystems, wo die Erze in die Tanker gepumpt werden. Auch hier beklagen die Einwohner*innen, dass seit dem Bau des Rohstoff-Terminals Anfang der 2000er der Fischfang, von dem hunderte Menschen lebten, dramatisch zurückgegangen sei, dafür aber Haut- und Atemwegserkrankungen rapide zugenommen hätten.

Vor einigen Monaten hat nun das Unternehmen bei der staatlichen Kontrollbehörde für Umweltaspekte (Servicio Nacional de Certificación Ambiental – SENACE) die Modifizierung der Umweltverträglichkeitsstudie (Modificatoria del Estudio de Impacto Ambiental – MEIA) eingereicht, um ab 2036 statt der aktuellen 175.000 Tonnen Mineralien 208.000 Tonnen täglich verarbeiten zu können. Fachleute des bergbaukritischen Netzwerkes Red Muqui haben in einer Stellungnahme, in welcher sie den Zertifizierungsantrag des Unternehmens hinterfragen, auf einige der damit verbundenen Veränderungen hingewiesen. So wird der Tagebau um 25 Prozent erweitert und um 150 Meter vertieft. Die daraus resultierenden Schutthalden wachsen um 30 Prozent. Vor allem aber wächst der Umfang an Altlasten, denn die Auffangbecken müssen zusätzlich 1,53 Milliarden Tonnen schwermetallhaltiges und anderes giftiges Material einlagern.

Nur wenige Menschen außerhalb des Dorfes Challhuayaco im Bezirk San Marcos in der Ancash-Provinz Huari wissen, dass eben dieses Projekt, das als Musterbeispiel für „nachhaltigen“ Bergbau beworben wird und sich mit dem Zertifikat für Integriertes Managementsystem (IMS) des TÜV Rheinland schmückt, von den Bewohnern der Region bereits jetzt für das Verschwinden von vier Gewässern verantwortlich gemacht wird. Die Lagunen Antamina, Challhuas, Huascacocha und Chaquicocha waren mehr als nur Wasserquellen für die Bevölkerung. Ihr Verschwinden ist auch ein Beispiel für die irreversiblen Auswirkungen, die das Unternehmen auf die Umwelt hat.

Auswirkungen auf die Wasserressourcen

Antamina behauptet in der nun präsentierten Studie, dass das hydrogeologische System der Mine nicht mit den oberirdischen Wasserläufen verbunden ist, weshalb die vorgeschlagenen Änderungen keine Auswirkungen auf die umliegenden Gewässer haben. Diese stünden ausschließlich mit lokalen Wasserkreisläufen in Verbindung, auf die der Betrieb der Mine keinen Einfluss habe. Darüber hinaus behauptet das Unternehmen, ohne Beweise dafür vorzulegen, dass das hydrogeologische System nicht mit den umliegenden Gemeinden verbunden sei. Die Behauptung, dass es keine Verbindung zwischen den Wasserkreisläufen gebe, steht im Widerspruch zu den Erkenntnissen der Gemeinden, die das oben erwähnte Verschwinden der vier Lagunen beobachtet haben. Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf den Wasserverbrauch ist der Anstieg der Mineralienverarbeitung um fast 20 Prozent. Dies führt zu einem erhöhten Wasserverbrauch. Die MEIA lässt jedoch die Frage offen, wie groß der Wasserfußabdruck ist, d.h. die Wassermenge, die für die Produktion einer Tonne Kupferkonzentrat und der anderen Mineralien benötigt wird.

Die Expert*innen von Red Muqui sind der Meinung, dass die Verfasser der MEIA aus einer ökosystemischen und ganzheitlichen Sichtweise heraus anerkennen sollten, dass die Ausweitung des Betriebs den Oberlauf des Beckens erheblich und irreversibel verändern wird. Daher ist eine umfassende und ökosystemische Wasserbilanz erforderlich, die eine detaillierte hydrologische Analyse enthält, welche die Anfälligkeit des Projektgebiets berücksichtigt, zumal es sich hierbei um ein Quellgebiet handelt. Ganz zu schweigen davon, dass bei der Modifizierung der Umweltverträglichkeitsstudie die künftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit von Wasserressourcen nicht berücksichtigt wurden.



Foto: Andina/Vidal Tarqui

Weitere Kritikpunkte

Weitere Risiken sind mit möglichen Brüchen der Pipeline verbunden, die die Erzproduktion aus den Anden zum Hafen Punta Lobitos in Huarmey transportiert. Wie damals, im Juli 2021, als eine Ladung auf Ackerland auslief und bei 111 Dorfbewohner*innen Vergiftungserscheinungen hervorrief. Das Unternehmen hat nicht klargestellt, welche neuen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und für unvorhergesehene Ereignisse angesichts des erhöhten Transportaufkommens und der damit verbundenen Risiken ergriffen werden sollen.

Pläne zur Verhütung von Naturkatastrophen sind ebenfalls unbekannt. Die Forscher*innen von Red Muqui erinnern daran, dass die Cordillera Blanca nach Angaben des Instituts für Geologie, Bergbau und Metallurgie (INGEMMET) ein Gebiet mit wiederkehrenden Ereignissen wie Erdbeben, Oberflächenerosion, Steinschlägen und Lawinen ist. Auch wird in der MEIA nicht geklärt, wie die Risiken minimiert und die Schäden durch Erdbeben verringert werden können. Wie z.B. jenes im Jahr 1970, das mit einer Stärke 7,9 auf der Richterskala einen Erdbeben auslöste, bei dem große Mengen Schnee und Gletschermaterial den Fluss Shacsá hinunterströmten. Bei dieser Gelegenheit erreichten die gewaltigen Mengen an Material, die der Strom mit sich führte, Yungay und begruben die Stadt und ihre Bewohner*innen.

Für das Unternehmen gibt es auch keine erwähnenswerten Auswirkungen des Feinstaubes in den Emissionen des Bergbauunternehmens auf die Bevölkerung in der Umgebung von Antamina. Die Einwohner*innen von Juprog, Chipta und anderen Orten sind jedoch sehr besorgt über die Zunahme dieses Ausstoßes, der sich direkt auf Menschen, Ernten, Tiere und Land auswirkt. Die eingereichte MEIA erwähnt jedoch nicht einmal bei der Bewertung der kumulativen Auswirkungen den Bericht des Nationalen Zentrums für Gesundheit und Umweltschutz am Arbeitsplatz (CENSOPAS) aus dem Jahr 2006, der Gesundheitsrisiken durch Schwermetalle und andere toxische Stoffe sowohl für Kinder als auch für Erwachsene feststellt.

Die Bevölkerung erhält kaum Information

Schließlich kommen die Sachverständigen von Red Muqui zu dem Schluss, dass das Unternehmen bei der Ausarbeitung der MEIA nicht gewährleistet habe, dass die im Einflussbereich lebende Bevölkerung Zugang zur Information, Beteiligung und Entscheidungsfindung erhält. Die durchgeführten Partizipationsverfahren garantierten also nicht die Vertretung oder Meinung der Menschen und Dörfer im Einflussbereich. Das Unternehmen solle daher die Beteiligungsverfahren so gestalten, dass sie den soziokulturellen Bedingungen der einzelnen Gemeinden und Menschen entsprechen.

SENACE hat jetzt das Wort

Mängel in den Umweltverträglichkeitsprüfungen, unklare Pläne für das Schadensmanagement und die Risikominderung sowie fragwürdige Mechanismen für die Bürgerbeteiligung lassen Zweifel aufkommen an der Tauglichkeit einer Studie zur Erlangung einer Umweltzertifizierung und damit zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens mit angeblich vorbildlichem sozialem und ökologischem Management. Es ist jedoch zu hoffen, dass die Umweltbehörde SENACE die von den sozialen Organisationen und den betroffenen Gemeinschaften gemachten und von Red Muqui gesammelten Beobachtungen berücksichtigen wird.

Marcelo Henriquez Kries

Marcelo Henriquez Kries ist Journalist und arbeitet derzeit als Fachkraft von Brot für die Welt im Kommunikationsteam von Red Muqui



Ariana Kana aus Espinar, im Hintergrund die Schaufel des Bergwerks Antapacay. Foto: privat Ariana Kana

9. Serie Umweltheldin: Die Frau mit dem falschen Nachnamen

Ariana Kana ist zur Aktivistin geworden, weil sie die Auswirkungen des Bergbaus und der Diskriminierung am eigenen Leib erlebt hat.

Und zwar von Kindesbeinen an. Aufgewachsen in der indigenen Gemeinde Huisa in der Provinz Espinar in Cusco (Südperu), engagiert sie sich heute auch als frisch gewähltes Mitglied des Gemeinderats dafür, dass die Bevölkerung von Espinar Zugang zu Grundrechten wie sauberem Wasser erhält.

Wenn Ariana unterwegs ist, schleppt sie oft eine schwere Tasche mit sich herum. Und sie war viel unterwegs in letzter Zeit, in den Monaten vor den Regionalwahlen. Am 2. Oktober wurde die 37-Jährige in den Gemeinderat von Espinar gewählt – eine positive Überraschung, war doch der Hauptkandidat ihrer Partei kurz vor den Wahlen disqualifiziert worden. Aus Gründen, die nicht transparent gemacht wurden, wie Ariana betont. «Ich kann dazu nur sagen: Seltsam, dass ausgerechnet derjenige Kandidat von den Wahlen ausgeschlossen wurde, der sich für die Rechte der Bevölkerung einsetzte. Der Gegenkandidat, der für Bergbau und den so genannten Fortschritt

eintrat, wurde dagegen problemlos zugelassen.» Ein umso größerer Triumph also ist der Wahlsieg, der aber auch eine große Verantwortung mit sich bringt. Vier Jahre Amtszeit dürften nicht ausreichen, um die grundlegenden Veränderungen umzusetzen, die Espinar so bitter nötig hätte.

Ein Blick in die 10 Kilo schwere, bunte Tasche an Arianas Schulter enthüllt aber keine Dokumente oder Propagandamaterial, sondern eine Tracht, deren Stoffe einer Farbexplosion ähneln: Sorgfältig gestickte Blumen und Ornamente in allen Farben des Regenbogens leuchten einem von Rock, Schultertuch und Hut entgegen. «Dabei handelt es sich um eine Festtracht, die wir nur zu speziellen Anlässen tragen», erklärt Ariana. «Die Alltagstracht ist schlichter und weniger farbig, doch jeder Distrikt hat ein eigenes Design.

Ariana hat in Arequipa Ernährungswissenschaften studiert und in ihrem Beruf gearbeitet, bis sie auf Grund der gesundheitlichen Probleme ihrer Mutter in die Gemeinde Huisa zurückgekehrt ist. Nun verdient sie ihren Lebensunterhalt mit Ernährungsberatungen und Workshops, die sie online durchführt.

In den Wahlkampfmonaten hat Ariana gelernt, auch vor großem Publikum selbstsicher aufzutreten und ihren Punkt klarzustellen. Oft tut es weh, ihr zuzuhören. Denn sie erzählt von ihrer Kindheit und davon, wie die Bergbauaktivitäten in nächster Nähe ihrer Gemeinde immer mehr überhandnahmen. Wie man nicht mehr ins Dorf gehen konnte ohne Gefahr zu laufen, dass einen auf dem Feldweg Steine trafen, die sich bei den Sprengungen lösten. Und wie der Bergbau – entgegen aller Versprechungen – weder Fortschritt noch Arbeitsplätze brachte, sondern nur die schleichende Vergiftung aller Lebensquellen, und die Entzweiung der Gemeinden. Ariana schließt oft die Augen, wenn sie spricht, als ob alles Erlebte von Neuem an ihr vorüberziehen würde. Ihr Gesichtsausdruck wechselt zwischen Bitterkeit, Wut und wilder, blühender Hoffnung, trotz allem etwas bewirken zu können.

Zwischen zwei Welten

Wie viele junge Indigene bewegt sich Ariana zwischen zwei Welten – der dörflichen Gemeinschaft, in der Traditionen gepflegt werden, und der Großstadt, wo das sogenannte moderne Leben spielt und Politik gemacht wird. Doch die indigene Identität kann man nicht nach Belieben an- und ablegen. Man trägt sie in Herz und Geist mit sich, egal wo man ist. Denn sie verbindet einen nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit seinen Ahninnen und Ahnen – und mit deren Territorium. «In einer indigenen Gemeinschaft geboren zu werden, ist etwas ganz Besonderes», sagt Ariana, «doch das versteht man erst, wenn man in eine andere Realität versetzt wird. Ich erinnere mich, dass wir praktisch nichts aus der Stadt brauchten. Wir bauten unsere Nahrungsmittel an, meine Mutter webte die Decken, mit denen wir uns zudeckten, und stellte Kleidung aus Schafwolle her. Geheizt haben wir mit Feuer, das mit dem Dung der Kühe und Schafe entzündet wurde.» Dass

ihre Lebensweise und die jahrhundertealten indigenen Traditionen nicht für alle zum Alltag gehören, erfahren die Kinder in der Regel erst beim Eintritt ins öffentliche Schulsystem. «In der Schule lernten wir, dass es einen Weihnachtsmann oder einen Gott im Himmel geben soll. Doch was für andere Kinder Weihnachten war, war für uns die Zeremonie, in der wir der Pachamama Gaben darbrachten. Wir dankten Mutter Erde, jedem Hügel und jedem Berg für all die guten Dinge, die sie uns zum Leben gaben, und brachten ihnen Respekt entgegen.»

In einer Gemeinschaft aufzuwachsen bedeutet zu lernen, wie man harmonisch zusammenlebt – nicht nur mit der Natur, sondern auch mit anderen Menschen. «Meine Eltern und die ganze Familie unterstützte sich gegenseitig, egal ob wir etwas hatten oder nicht. An den Tagen, an denen wir Gemeindearbeit leisteten, bauten wir zum Beispiel Mauern für den Friedhof oder die Schule, oder Bewässerungskanäle.» Aus dieser Welt, in der alles im Einklang scheint, herausgerissen zu werden, ist für viele indigene Kinder ein Schock. Dazu kommt, dass die Sprache, die man spricht, plötzlich nichts mehr Wert sein soll, genauso wenig wie der Nachname, den man trägt. Auch wenn man wie Ariana die Nachfahrin einer angesehenen Frau war, die einst die Gemeinschaft mitbegründet hatte. Und auch wenn Arianas Nachname, Kana, gleichzeitig der Name ihres Volkes ist. Das alles spielt keine Rolle mehr, wenn man in die Schule gesteckt wird und einen alle blöd anschauen, weil man Quechua spricht. «Sie sagten uns, wir müssten jetzt Spanisch sprechen und unsere Muttersprache vergessen. So erfahren wir schon als Kind, was es bedeutet, in einem Land zu leben, in dem es nicht nur große soziale Unterschiede gibt, sondern Diskriminierung zur Tagesordnung gehört.»

Ariana war die erste Frau aus ihrer Gemeinde, die zur Universität ging. Doch ein Teil von ihr fühlte sich immer fremd unter den anderen Studierenden, denn es gab so viel, was sie nicht mit ihnen teilte. «Obwohl wir alle Peruaner waren, konnte ich mit ihnen nicht über meine Erfahrungen sprechen, darüber, was ich zu Hause erlebte, aß und tat. Denn sie gaben mir ständig zu verstehen, dass es falsch war, dass es nicht genügte und dass ich lieber nicht darüber sprechen sollte.» Viele versuchen sich anzupassen, um dazuzugehören und auch weil sie denken, dass sie sonst beruflich keine Chance haben. Dies führt oft zur Entfremdung von der Familie und den Gemeinschaften. Doch Ariana vertraute ihrem Bauchgefühl, das ihr sagte: «Das ist nichts für mich, am Wochenende auszugehen und zu trinken, Stöckelschuhe und kurze Kleider zu tragen, statt mit meiner Familie zu kochen und Musik zu hören. Dabei fühle ich mich nicht wohl.» So schaffte sie etwas, was nicht viele schaffen: eine höhere berufliche Ausbildung abzuschließen und sich in der städtischen Gesellschaft zu behaupten, ohne die Verbindung zu ihrer Herkunft zu verlieren. Sie tritt in beiden Kontexten selbstbewusst und sicher auf. Dies ermöglicht ihr, eine Brücke zu schlagen und die Interessen der indigenen Gemeinden auch vor nationalen und internationalen Gremien zu vertreten.

Von den Behörden im Stich gelassen

Die größte Herausforderung in der Provinz Espinar sind die gravierenden Konsequenzen des Bergbaus, unter denen die Gemeinden seit vier Jahrzehnten leben: Verschmutzung von Gewässern, Luft und Boden bis zu dem Punkt, dass keine Landwirtschaft mehr möglich ist, sowie die starke Schwermetallbelastung der Menschen, die zu Krebs und anderen Krankheiten führt. «Nach der Schule spielten wir mit unseren Freunden oder Cousins am Fluss», erinnert sich Ariana. «Damals gab es noch Forellen, die hier inzwischen auf Grund der Verschmutzung längst nicht mehr leben können. Aber an einigen Stellen begann sich das Wasser bereits zu verfärben, und es bildete sich ein bleifarbiges Belag, so dass wir nicht mehr auf den Grund sehen konnten. Wir dachten, dies sei natürlich, und spielten mit den Wasserschichten. Ich wäre nie auf die Idee gekommen, dass es toxisches Abwasser aus dem Bergwerk war und wir uns mit Arsen, Blei und Quecksilber vergifteten.» Doch dann begann plötzlich das Vieh zu sterben und die Leute wurden krank. Im Fluss gab es keine Frösche und Fische mehr. 2020, mitten in der Pandemie, war Arianas Mutter plötzlich halbseitig gelähmt. Bei medizinischen Untersuchungen kam heraus, dass sie unter großer Schwermetallbelastung litt. Sie hatte Arsen, Blei, Kadmium und weitere Substanzen im Blut, die dazu führten, dass ihr Zentralnervensystem zu versagen begann. «Sie wäre fast gestorben und wir versuchten, Hilfe zu bekommen. Die Bergbaugesellschaft sagte, darum solle sich die Gemeinde kümmern, doch hier hatten viele das gleiche Problem und keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Ich gelangte an die Ombudsstelle «Defensoría del Pueblo», doch sie sagten mir, sie könnten nur bei Problemen mit staatlichen Stellen helfen und nicht, wenn es um private Unternehmen ginge. Dann rief ich das Frauenministerium an, aber dort hieß es, sie kümmerten sich nur um Fälle von häuslicher Gewalt. Ich hatte niemanden, an den ich mich wenden konnte, bis wir Hilfe von einer NGO bekamen. Damals begann ich mit dem Aktivismus und meinem Engagement für die Verteidigung der Umwelt- sowie der Menschenrechte. Denn ich verstand, dass es unzählige Familien in dieser Situation gibt, die einfach von allen Behörden im Stich gelassen werden.

Nicole Maron

*Nicole Maron (*1980) ist eine Schweizer Journalistin und Autorin. Seit 2017 lebt und arbeitet sie in Bolivien und Peru. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sind umwelt- und sozialpolitische Themen wie Flucht und Migration, globale Gerechtigkeit, Konzernverantwortung, Dekolonisierung und Menschenrechte. In ihrem kürzlich erschienenen Dokumentarfilm «Das Blut des Flusses» zeigt sie die Auswirkungen des Bergbaus auf und erinnert an die große Verantwortung, die der Globale Norden hat – nicht nur als Hauptverbraucher der globalen Ressourcen, sondern auch als Sitz der transnationalen Konzerne.*



Die Metallschmelze von La Oroya wird von seinen ehemaligen Mitarbeitern weitergeführt. Foto: Andina

10. Kurz gemeldet – Oktober 2022

Gericht setzt Ex-Direktor von SERFOR wieder ein

Der [Oberste Gerichtshof](#) in Lima hat der Klage des ehemaligen Leiters der Waldschutzbehörde SERFOR gegen seine Entlassung stattgegeben und seine Wiedereinsetzung verordnet. Luis Alberto Gonzales-Zúñiga war im Juli 2020 unter der Regierung Vizcarra wegen eines „zerstörten Vertrauensverhältnisses“ zum Ministerium ohne nähere Begründung entlassen worden ([InfoPeru](#) berichtete). Er war mit den Stimmen indigener Vertreter*innen zum Leiter von SERFOR berufen worden und konsequent gegen den illegalen Holzhandel vorgegangen. Gegen die Entlassung protestierten damals Umweltschutz- und indigene Organisationen. Jetzt hat der Gerichtshof geurteilt, dass die Entlassung rechtswidrig war. Gonzáles-Zúñiga kündigte an, sich weiter dem Kampf gegen die Korruption in der Forstwirtschaft zu widmen, sobald er wieder im Amt ist. Er fügte hinzu, dass die Korruption nicht nur die Wälder zerstöre, „sondern auch den institutionellen Bestand einer Behörde, die wir mit so viel Mühe aufgebaut haben.“

Gesetz zur Zweiten Agrarreform: Alles nur Show?

Vor einem Jahr hatte die Regierung Castillo die „Zweite Agrarreform“ angekündigt, mit der sie die familiäre und genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft stärken wollte ([InfoPeru](#) berichtete). Im August hat die Regierung jetzt den ersten Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Reform vorgelegt. [Laureano del Castillo](#) von der Organisation CEPES kritisiert, dass das Gesetz keine konkreten Schritte beinhalte, wie die Agrarreform umgesetzt werden soll. Der Text verliere sich in allgemeinen Erklärungen. Die wenigen konkreten Regelungen seien außerdem diskussionswürdig, wie etwa die Ankündigung, fünf Prozent des Staatshaushaltes für die Umsetzung der Agrarreform bereit zu stellen. Dies sei wenig glaubwürdig, da der gesamte Haushalt des Landwirtschaftsministeriums nur 1,1 Prozent des Staatshaushaltes ausmache. Wenn man die Haushalte der regionalen und kommunalen Regierung dazu nehme, komme man für 2022 gerade einmal auf 3,4 Prozent. Weiter kritisiert del Castillo, dass im Gesetzesentwurf zwar von einer Begrenzung des Landbesitzes die Rede ist, diese aber nicht festgeschrieben wird. Nicht einmal die aktuell festgelegte Grenze von 3.000 ha wird erwähnt. Der Entwurf sei wohl eher dafür gedacht, etwas ins Schaufenster zu hängen und damit den Organisationen der Agrarproduzenten Genüge zu tun, um dann den Kongress verantwortlich zu machen, wenn er das Gesetz ablehne. Denn um die angekündigten Maßnahmen der Agrarreform umzusetzen, brauche es keine neuen Gesetze. Es gebe bereits verschiedene Gesetze, die allerdings immer noch auf ihre Umsetzung warteten.

Endlich: Anerkennung der Schwermetallbelastung in Cerro de Pasco

Ein großer Erfolg für die Bevölkerung von Cerro de Pasco, die seit Jahren unter der Vergiftung durch die Mine in ihrer Stadt leidet: Die Regierung hat ein Gesetzesvorhaben verabschiedet, das zum ersten Mal das Recht anerkennt, die Schwermetallbelastung der Bürger*innen und ihre Ursachen zu untersuchen und zu behandeln: In dem Gebiet soll ein Spezialkrankenhaus mit toxikologischen Labor eingerichtet werden.

Mehrere Studien haben die Vergiftung gerade von Kindern durch Schwermetalle in der Minenstadt nachgewiesen. Schon 2008 hatten Bewohner*innen von Cerro de Pasco die Einrichtung einer Spezialklinik gefordert. Für sie ist die Ankündigung ein großer Erfolg nach jahrelangen Protesten. Allerdings müsste es auch in anderen betroffenen Regionen Speziallabors geben, fordert das bergbaukritische Netzwerk [Red Muqui](#), damit die Betroffenen dort nicht lange Reisen zur Behandlung auf sich nehmen müssen. Laut Gesundheitsministerium sind 10 Mio. Menschen in Peru Schwermetallen ausgesetzt.

Doch noch eine Chance für die Ratifizierung des Escazú-Abkommens?

Außenminister [Miguel Ángel Rodríguez Mackay](#), erklärter Gegner des Abkommens von Escazú zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechten, ist im September wegen

Meinungsverschiedenheiten mit Präsident Castillo zurückgetreten. Der Minister war 13 Monate im Amt und das einzige Regierungsmitglied, das eine Ratifizierung des Abkommens öffentlich ablehnte. Mehr als 100 Organisationen hatten deshalb im August in einer gemeinsamen [Erklärung](#) seinen Rücktritt gefordert.

Fast gleichzeitig zum Rücktritt des Außenministers betonte Vize-Umweltministerin [Yamina Silva](#) die große Bedeutung des Abkommens von Escazú und die Notwendigkeit eines breit angelegten gesellschaftlichen Dialogs darüber. Das Umweltministerium sehe sich außerdem in der Pflicht, Umweltschützer*innen vor Verfolgung zu schützen, sagte die Ministerin und wies auf das kürzlich herausgegebene Handbuch zum Schutz von Umweltschützer*innen hin.

Und wenig später betonte Präsident [Pedro Castillo](#) in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung die große Bedeutung des Escazú-Abkommens. Obwohl er dies im Wahlkampf angekündigt hatte, hat Castillo sich bisher nicht besonders für eine Ratifizierung des Abkommens durch Peru stark gemacht. Darüber entscheidet allerdings das Parlament, das die Ratifizierung bereits zweimal abgelehnt hat.

Regierung erkennt Schlüsselrolle der indigenen Gemeinden beim Klimaschutz an

Umweltminister [Wilbert Rozas](#) traf sich mit Vertreter*innen des indigenen Dachverbandes AIDESEP. Gesprochen wurde über gemeinsame Maßnahmen gegen Klimawandel, zum Waldschutz und für den Schutz indigener Rechte. Ziel des Gespräches sei zu hören, welchen Beitrag AIDESEP leisten könne, um diesen in die Maßnahmen einzubinden, sagte der Minister und betonte die Notwendigkeit der Partizipation aller beteiligten Akteure angesichts des Klimanotstands.

Tabea Casique Coronado, Vorstandsmitglied von AIDESEP, begrüßte die offene Haltung des Ministers gegenüber den Anliegen ihrer Organisation.

Wilbert Rozas Beltrán ist Agraringenieur und bereits der vierte Umweltminister in der Regierung Castillo. Seine beiden Vorgänger wurden wegen ihrer fehlenden Erfahrung stark kritisiert. Der letzte war nur einen Monat im Amt.

Kein Ende: Notstand nach neuen Ölunglücken in Loreto

Im September kam es innerhalb von zwölf Tagen zu [drei Ölunglücken](#) in der Region Loreto. Verseucht wurde nicht nur die Umwelt, auch die anliegenden indigenen Gemeinden sind betroffen. Einmal mehr hätten die Behörden zu wenig getan, um die Ausbreitung des Öls zu stoppen und den Betroffenen zu helfen, beklagen indigene Vertreter*innen. Die Nationalregierung hat jetzt für 90 Tage den [ökologischen Notstand](#) ausgerufen.

Die drei Unglücke reihen sich ein in eine lange Geschichte: Zwischen Dezember und August gab es mindestens [zehn Ölfälle](#) in Loreto und Amazonas. 474 Unfälle ereigneten sich zwischen 2000 und 2019 im Amazonasgebiet. In 65% der Fälle waren korrodierte Ölleitungen oder Betriebsfehler die Ursache.

EU-Parlament beschließt Maßnahmen zum Stopp der weltweiten Entwaldung

Das [EU-Parlament](#) hat im September mit großer Mehrheit die Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten verabschiedet. Damit sollen entwaldungsfreie Produkte in europäischen Supermarkt-Regalen zum Standard werden. Die Verordnung verbietet den Import von Produkten, die mit der weltweiten Entwaldung in Verbindung stehen. So sollen Produkte wie Holz, Soja, Palmöl, Kaffee und Kakao nicht mehr importiert werden dürfen, wenn deren Anbau mit Entwaldung im Zusammenhang steht. „Es kann und wird nicht mehr passieren, dass Güter unseres Alltags wie der Schokoladenaufstrich am Morgen oder der Kaffee am Nachmittag zur Zerstörung der Regenwälder beitragen“, verspricht Delara Burkhardt, Schattenberichterstatterin der Sozialdemokraten. Die Frage ist jetzt, ob die Mitgliedstaaten im Rat in den weiteren Verhandlungen die harten Regeln noch verwässern werden.

Andorra friert peruanische Konten ein

Die [andorranische Richterin](#) Stephanie García hat angeordnet, 30 Konten mit einem Gesamtguthaben von 51 Millionen Dollar einzufrieren, die mit Schmiergeldzahlungen des Bauunternehmers Odebrecht an Präsidenten, Beamte und Geschäftsleute in Lateinamerika in Verbindung stehen. Die Sperrung betrifft auch sieben Konten, die Bezug zu Peruanern haben, mit einem Gesamtbetrag von 2,9 Millionen Dollar. Betroffen sind u.a. ehemalige Beamte der zweiten Regierung von Alan García, die in den Fall der U-Bahn von Lima verwickelt waren, der Präsident der Beratungsfirma Alpha Consult sowie ein ehemaliger Beamter der Stadtverwaltung von Lima während der Amtszeit von Susana Villarán.

Metallschmelze von La Oroya wird von Ex-Arbeitern weitergeführt

Der metallurgische Komplex in La Oroya stand jahrelang still, weil sich die Gläubiger der bankrotten Mine nicht einigen konnten, und weil niemand die alten Anlagen kaufen und in sie investieren wollten. Nun gab die Insolvenzverwaltung der Anlage bekannt, dass die ehemaligen Arbeiter die Metallschmelze übernehmen werden. Bereits im ersten Semester 2023 soll dort wieder Blei und Zink geschmolzen werden, [so ein Vertreter der neuen Besitzer](#). Es gäbe interessierte Investoren für die Anlage, die so wie sie ist, die Umweltauflagen nicht erfüllt. Wenige Tage vor Bekanntgabe der neuen Besitzer, hat in Uruguay der [Interamerikanische Menschengerichtshof](#)

[Zeugen aus La Oroya gehört](#), die gegen den peruanischen Staat geklagt haben. Der sei seiner Sorgfaltspflicht für die Gesundheit der Bewohner von La Oroya nicht nachgekommen.

Alfredo Mires, Leiter der Landbibliotheken von Cajamarca, ist tot

Alfredo Mires, Bibliothekar und Anthropologe, war Mitbegründer und seit vielen Jahren Direktor der *Bibliotecas campesinas* (Landbibliotheken) in Cajamarca. Gemeinsam mit den Landbewohner*innen hat er ein Netzwerk von selbstorganisierten Bibliotheken in 500 Dorfgemeinschaften aufgebaut und damit vielen Campesinas und Campesinos die Teilhabe am Bücherlesen ermöglicht. Eine besondere Form peruanischer Literatur ist im Rahmen des Projektes *Enciclopedia campesina* entstanden: Mit unendlich großer Wertschätzung hat Alfredo Mires die Geschichten, Weisheiten, das Wissen und Gedächtnis der Landbevölkerung in Cajamarca aufgenommen, aufgeschrieben, gesammelt, illustriert und in Büchern festgehalten, um sie dann im Netz der Bibliotheken den Campesinas und Campesinos in Büchern über die Musik, das Essen, das Wetter, die Heilkunst, Naturphänomene u.v.m. wieder zurückzugeben.

Für diese wertvolle Arbeit hat er viele Preise erhalten, zuletzt 2021 den [peruanischen Literaturpreis](#). Am 16. Oktober ist Alfredo Mires nach langer, schwerer Krankheit gestorben.

11. Serie Umweltheldin: “Ich habe eine neue Freiheit entdeckt”

Corona hatte auch was Gutes für Silvia Laiz Fernández: Dank der Pandemie ist sie begeisterte Fahrradfahrerin geworden und hat entdeckt, dass ihre Heimat Villa El Salvador mehr als nur Sand zu bieten hat.

Villa El Salvador, Kreuzung Avenida Dos Mil und Separadora Industrial. Die Namen sagen schon, dass das hier ein Industriegebiet ist. Eine junge durchtrainierte Frau in Radler-Hose und -Shirt und Pferdeschwanz kommt auf einem Mountainbike den Fahrradweg hochgefahren. An ihrem weißen Fahrradhelm winkt unter einer roten Signallampe ein rotes Tüchlein, damit sie auch ja kein Autofahrer übersieht. Oder vielleicht will sie auch eine individuelle Note setzen, die zu ihr passt. Silvia Laiz Fernandez Bravo ist die einzige Fahrradfahrerin auf dem Weg. Links und rechts rauschen Lastwagen und Taxis und dreirädrige Mototaxis vorbei. Drei Kinder spielen auf dem Mittelstreifen an einer neu errichteten Wippe. Die Häuser an der Straße sind eine Mischung aus Industriesiedlung und Wohnhäusern mit den für Lima typischen Flachdächern, deren Bau nie abgeschlossen ist. „Noch vor wenige Jahren war der ganze Mittelstreifen ein einziger Sandhaufen“, sagt Silvia Laiz. Erst in den letzten Jahren hat die Stadtverwaltung von Villa El Salvador hier einen Fahrradweg angelegt und ein paar Bäume gepflanzt. Doch viel zu wenig für den 400 000 Einwohner*innen zählenden Distrikt ganz im Süden Limas.

Villa El Salvador ist bekannt für seine Tradition der Selbstverwaltung und den Kampfgeist, mit der vor erst 50 Jahren Migrant*innen aus ganz Peru im Süden der Hauptstadt die neue Siedlung gründeten. Die soziale Anführerin Maria Elena Moyano wurde hier 1992 von Terroristen des Leuchtenden Pfades hingerichtet. Im selben Jahr kam Silvia Laiz in Villa El Salvador zur Welt. „Ich kenne die Zeit des Terrorismus nur aus den Erzählungen meiner Eltern“, sagt Silvia. Die waren aus Cajamarca, im Norden Perus, nach Lima gezogen, auf der Suche nach einem Auskommen und besseren Chancen für sich und ihre Kinder. Silvia und ihre beiden Schwestern haben erlebt, wie Villa El Salvador gewachsen ist, wie es Strom, fließendes Wasser, Internet bekam. Wie Schulen gebaut wurden, Straßen und die Endhaltestelle der ersten Metrolinie von Lima. Und eben ein paar Fahrradwege, ganz zum Schluss.



Silvia Laíz Fernández auf einem der wenigen Radwege in Villa El Salvador. Foto: Hildegard Willer

Wer in Villa El Salvador aufgewachsen ist, für den ist Fahrradfahren und Umweltschutz meist nicht die erste Priorität. Zu sehr ist der Alltag von der Sorge ums Überleben geprägt, das Geld zusammen zu bekommen, um Essen kaufen zu können, die Stromrechnung und die Schuluniformen für die Kinder. Für Silvia war das nicht viel anders. „Aber mein Vater hat uns immer animiert, Sport zu machen, rauszugehen, zu laufen.“ Obwohl Silvia von Geburt an wegen einer Hüftluxation leicht hinkt, hat sie sich davon die Freude am Sport nie nehmen lassen. Sie war aktive Volleyballspielerin und ist bis heute Schwimmlehrerin. Nur Fahrradfahren war für sie nie eine Option: zuerst, weil sie kein eigenes Fahrrad hatte. Und dann galt Fahrradfahren als gefährlich –

weniger wegen des damals noch kaum vorhandenen Autoverkehrs, sondern weil Fahrradfahrer*innen überfallen wurden, um Räder zu klauen.

Dies änderte sich mit der Corona-Pandemie: Wie alle Peruaner*innen war auch Silvia in Quarantäne, gab ihren Unterricht als Hilfs-Erzieherin per Internet. „Ich hatte keine Bewegung, stattdessen aß ich mehr Süßes und nahm an Gewicht zu“, erinnert sie sich. Die Schwimmbäder waren geschlossen, niemand spielte Volleyball, und Joggen kam für Silvia wegen ihrer Hüfte nicht in Betracht. Da begann sie Fahrrad zu fahren. Zuerst kleine Erkundungsfahrten in die umgebenden Straßen, dann immer länger Strecken. Sie wurde Teil des seit ca. 2017 bestehenden Fahrradkollektivs „Pedaleando Villa El Salvador“, eine Art Verein von rund 150 Fahrradfahrer*innen aus Villa El Salvador. Der Verein organisiert gemeinsame Fahrradausflüge, erkundet neue Routen in die Umgebung, und veranstaltet sogenannte „Masas criticas“ (*in Deutschland ebenfalls bekannt als „Critical Mass“*): An einem bestimmten Abend im Monat verabreden sich alle Radler*innen zum gemeinsamen Fahren durch die Stadt, zu einer Art Fahrraddemo. „Wir wollen damit den Autofahrern zeigen, dass die Straße uns auch gehört, dass wir ein Recht haben, die Straße zu benutzen und dass die Autofahrer Rücksicht auf uns nehmen müssen.“

Von den rund 150 aktiven Mitgliedern des Vereins sind gerade mal fünf Frauen – etwas, das sich unbedingt ändern muss, findet Silvia. „Viele Frauen fahren nicht Fahrrad, weil sie nicht sexuell belästigt werden wollen.“ Auch Silvia ärgert sich über verbale und auch schon mal handgreifliche Anmache von übergriffigen Männern, wenn sie in ihrer Fahrradkluft durch die Straßen fährt. Daran will sie sich nicht gewöhnen. Gewöhnt hat sie sich dagegen an die Gefahren der Straße – Autos, Motorradfahrer, Lastwagen, die hautnah an den Fahrradfahrer*innen vorbeifahren oder ihre Vorfahrt missachten, ihnen Wege abschneiden. „Du musst sicher im Sattel sitzen und die Gefahr einschätzen können.“ Silvia kann das. Denn die Alternative wäre, sich von der Angst niedermachen zu lassen, und das ist Silvias Sache nicht.

Längst hat sie mit ihrem Fahrrad die Straßen Villa El Salvadors verlassen. Das Radfahren auf ihrem neuen elfgängigen Mountainbike ist Teil ihres täglichen Lebens. 13 Kilometer einfach fährt sie jeden Tag zu ihrer Arbeit in einer Hundepension am anderen Ende der Stadt – mit dem Bus würde sie Stunden dazu brauchen. Mit dem Rad kann sie über einen Hügel ins andere Tal fahren. „Einmal habe ich die einfache Strecke in 35 Minuten geschafft“, sagt sie stolz. Und sie spart außerdem noch das Fahrgeld – denn davon hat Silvia als alleinerziehende Mutter der 13-jährigen Dafne wahrlich nicht zu viel.

„Mit dem Fahrradfahren habe ich eine neue Freiheit, ein neues Abenteuer entdeckt“, schwärmt Silvia. Und nicht zuletzt hat sie eine Natur vorgefunden, von der sie nicht wusste, dass sie in unmittelbarer Umgebung von Villa El Salvador existiert: Auf den umgebenden Sandhügeln und -bergen blühen im Winter Moos, Gräser und sogar Blumen. Es gibt Bäume, Wasserlöcher. Nur wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, lernt dies auch zu schätzen. Und deswegen sind Fahrradfahrer*innen auch immer Umweltschützer*innen. Kein Fahrradfahrer würde Müll

wegwerfen, eben weil diese Orte so kostbar sind – und weil es so mühsam ist, sie zu erreichen. Andererseits sieht sie bei ihren Fahrten, wie sehr die Naturgebiete gefährdet sind. Vor allem illegale Landbesetzer*innen missachten jegliche Regeln und besetzen geschütztes Land – oft in der Absicht, es gewinnbringend weiterzuverkaufen.

Anders als dies für Fahrradaktivist*innen in Europa der Fall sein kann, ist Fahrradfahren für Silvia kein klimapolitisches Statement. Sie hat an sich nichts gegen das Autofahren – sie und ihre Familie haben, wie die meisten Familien in Villa El Salvador, noch nie ein Auto besessen. Auch hat sie nichts gegen das Fliegen. Einmal in ihrem Leben ist sie geflogen, nach Cusco, „um meiner Tochter Macchu Picchu zu zeigen“. Silvia Laiz muss ihren ökologischen Fußabdruck nicht einschränken. Deswegen ist Fahrradfahren für sie eine neu gewonnene Freiheit, aber keine Option gegen das Auto oder ein anderes Verkehrsmittel. „Es kommt darauf an, wofür man es braucht. Mit einem Auto könnte ich mehrere Leute mitnehmen, die zum Beispiel nicht Rad fahren.“

Noch sind die Radfahrer*innen in Villa El Salvador eine kleine Gruppe, die aber seit der Pandemie am Wachsen ist. Die Kämpfe um die Vorherrschaft auf den Straßen werden zunehmend auch in Lima geführt. „Ich wünschte mir, dass alle Verkehrsteilnehmer – Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger – sich gegenseitig respektieren und sich ihren Platz lassen.“

Hildegard Willer

12. ISP-News – Oktober 2022

Neues aus der Arbeit der Geschäftsstelle der ISP

Brief an die deutsche Botschafterin: Keine Überwachung von NGOs durch die Armee

Die peruanischen Streitkräfte überwachen zivilgesellschaftliche Organisationen, linke Politiker*innen und auch internationale Nichtregierungsorganisationen. Das belegen vertrauliche Dokumente, die die peruanische Nachrichtensendung „La Encerrona“ veröffentlicht hat. Überwacht wurden u.a. linke Politiker*innen, Amnesty international und die peruanischen Organisationen CooperAcción, Derechos Humanos sin Fronteras (DHSF) und Instituto de Defensa Legal (IDL). Sie werden als Agenten der Destabilisierung und Bedrohung für die Demokratie verunglimpft.

Die Informationsstelle Peru arbeitet mit den genannten Organisationen seit vielen Jahren zum Schutz der Menschenrechte, der Rechte indigener Völker und der Umwelt vertrauensvoll zusammen. In einem [Brief an die deutsche Botschafterin](#) in Peru hat sich die ISP mit den betroffenen Organisationen solidarisch erklärt und gefordert, dass sich die Deutsche Botschaft für eine umfassende Untersuchung einsetzt und auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht. Hier geht es zur [spanischen Version](#) des Briefes.

Aufruf an die Bundesregierung: Kein Export von verbotenen Pestiziden

Die Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit der ISP hat einen [Brief an die Bundesregierung](#) und die zuständigen Ausschüsse im Bundestag geschrieben und gefordert, dass keine in der EU verbotenen Pestizide mehr nach Peru oder in andere Länder exportiert werden. Dies war bisher gängige Praxis: „Jahr für Jahr exportieren Konzerne wie Bayer und BASF tausende Tonnen Pestizide, die wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit in der EU verboten sind“, schreibt das Umweltinstitut München. Nach Informationen des Pestizid-Aktions-Netzwerks PAN werden auch nach Peru solche Pestizide (Cyanamid und Imidacloprid) exportiert. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bereitet nun endlich ein Exportverbot für diese Pestizide vor.

„Wir unterstützen dieses Vorhaben und hoffen, dass es im Kabinett und im Bundestag breite Unterstützung findet und sehr bald umgesetzt werden kann“, heißt es im Brief der AG Entwicklungszusammenarbeit.

Coca als Heilpflanze anerkennen

Die Arbeitsgruppe Coca der ISP hat mehrere Fachgespräche mit peruanischen Experten zur peruanischen Antidrogenpolitik geführt. Ein großes Anliegen an uns war dabei, Informations- und Aufklärungsarbeit in Deutschland zu leisten, um das falsche Image der Cocapflanze als Droge zu korrigieren. Die Coca hat nicht nur kulturelle, sondern auch medizinische Bedeutung. Coca-Produkte wie Tees, Limos, Kaugummis u.a. können – im Gegensatz zu Kokain – eine gesundheitsfördernde und heilende Wirkung haben. Es gibt sogar Studien, die die Wirksamkeit von Coca bei der Therapie von Drogenabhängigen belegen.

Die ISP wird noch dieses Jahr eine Informationsbroschüre zum Thema veröffentlichen.

BMZ-Ländergespräch zum Thema Klima

Im September hatte das Länderreferat Peru des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zum ersten Mal zu einem themenbezogenen Ländergespräch eingeladen. Anlass war die geplante Klima- und Entwicklungspartnerschaft, die die deutsche Regierung mit Peru schließen will. Wie schon beim letzten Ländergespräch im Mai hatte die ISP wieder die Gelegenheit, einen eigenen Input zu geben. Unser Vorstandsmitglied Vanessa Schaeffer referierte zum Thema „Schutz des Amazonasgebietes und Rechte indigener Völker“. Eine Zusammenfassung können Sie [hier](#) lesen. Von der Deutsche Sparkassenstiftung für internationale Kooperation gab es ein Input zur Klimafinanzierung.

Neu: Weltdienststelle bei der Erzdiözese Freiburg

Seit 1. September arbeitet unser Vorstandsmitglied Vanessa Schaeffer als Fachberaterin für Bergbau und Klimagerechtigkeit in Peru bei der Erzdiözese Freiburg. Vanessa Schaeffer hat jahrelang als Fachanwältin für Umwelt- und Naturschutzrecht bei der peruanischen Organisation Cooperación gearbeitet. Zuletzt hat sie ihren Master in Environmental Governance in Freiburg gemacht.

Die Initiative für die Einrichtung dieser Stelle für eine Süd-Nord-Fachkraft ging vom katholische Entwicklungsdienst AGIAMONDO aus, der auch die Finanzierung ermöglicht. Die ISP und die Kampagne Bergbau Peru, die selbst nicht die finanziellen und räumlichen Kapazitäten für die Anstellung der Fachkraft haben, waren und sind eng in die inhaltliche Ausgestaltung und Personalauswahl eingebunden, ebenso wie das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui in Peru, mit dem auch dauerhaft eng kooperiert wird.

Die Aufgaben der auf drei Jahre befristeten Stelle sind Bildungs-, Netzwerk- sowie Advocacy-Arbeit zu den Themen Bergbau und Klimagerechtigkeit. Eine tolle Chance für alle Beteiligten, diese Themen mit gebündelter Kraft und noch mehr Knowhow voranzutreiben!

ISP gratuliert SERVINDI zum 20jährigen Jubiläum

Der Verein *Servindi – Interkultureller Kommunikationsdienst* ist 20 Jahre alt geworden. Die ISP hat mit einem Schreiben seine [Glückwünsche zu 20 Jahren](#) ununterbrochener Arbeit im Dienst der indigenen Völker überbracht.

Seit 20 Jahren engagiert sich Servindi, um die Probleme der indigenen Völker sichtbar zu machen, über ihre tatsächlichen Bedürfnisse zu informieren und ihre vernachlässigten Forderungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu begleiten.

Als Nachrichtenagentur fördert Servindi die partizipatorische und interkulturelle Kommunikation in Peru und in der Welt, indem es die Stimme der Menschen in ihrem Kampf für die Wiederherstellung ihrer Identität und den dringenden Schutz der Umwelt verbreitet.

Servindi ist für die Arbeit der ISP eine der wichtigsten Informationsquellen. Dafür haben wir den Aktiven unseren Dank ausgesprochen.

Wir wünschen Servindi ein langes Bestehen und hoffen, dass es uns bei dieser gemeinsamen Aufgabe der Unterstützung der Protagonist*innen der indigenen Bewegung weiterhin unterstützt.

13. Ankündigungen und Hinweise – Oktober/November 2022

Peru vor der Energiewende – ein Weg mit Hindernissen

Online-Veranstaltung auf Zoom

Donnerstag, 10. November, 19 Uhr

Auch wenn die größte Aufgabe für den Klimaschutz in Peru zweifellos der Schutz des amazonischen Regenwalds ist, braucht das Land darüber hinaus eine Energiewende. Der Anteil an Sonnen- und Windenergie ist noch verschwindend gering. Um die Energiewende in Gang zu setzen, müssen Gesetze mit festen Vorgaben und Maßnahmenplänen erneuerbare Energien fördern.

Wie steht es um die Energiewende in Peru? Was muss, was kann für den Ausbau erneuerbarer Energien getan werden? Darüber informiert der peruanische Energieexperte Paul Maquet von der Organisation CooperAcción.

Im Anschluss stellen sich zwei Initiativen für erneuerbare Energien im ländlichen Raum vor.

Die Veranstaltung soll auch dazu anregen, selbst solche Projekte zu fördern. Deshalb laden wir besonders auch Vertreter*innen von Partnerschaftsgruppen, Hilfswerken und anderen Initiativen ein.

mit

Paul Maquet, Energieexperte, CooperAcción, Lima

Jonathan García Melendez, Inhaber einer Solarfirma, Loreto

Antonio Misari, Berater für erneuerbare Energien im Amazonasgebiet (angefragt)

Moderation: Talía Vela-Eiden, Infostelle Peru

Das Seminar findet auf Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche statt.

Nähere Infos und Link zur Anmeldung demnächst auf unserer Homepage.

Indigene WEGe zum Klimaschutz

Online-Veranstaltung auf Zoom

Donnerstag, 24. November, 19 Uhr

Indigene Völker leben seit Jahrhunderten im und mit dem Regenwald. Ihre Erfahrungen und Geschichten regen uns an, eigene Möglichkeiten für nachhaltige Lebensweisen und Entwicklung gerade im Blick auf die Klimakrise zu entdecken.

Mario Coquinche vom Volk der Kichwa im amazonischen Regenwald und ein Vertreter des Volks der Q'ero in den Hochanden geben uns einen Einblick in die Kosmovision, die Denkweisen und Wertevorstellungen ihrer Völker.

Im Austausch mit ihnen und untereinander sammeln wir Anregungen, was wir in Deutschland aus diesen Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften für einen gesellschaftlichen Wandel bei uns hin zu mehr Klimagerechtigkeit lernen können.

mit

Mario Coquinche Sanda, Vertreter des Volks der Kichwa, Cacique der indigenen Gemeinschaft Mairidicai, Loreto

N.N., Vertreter des Volkes der Q'ero, Cusco

Das Seminar findet auf Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche statt.

Nähere Infos und Link zur Anmeldung demnächst auf unserer Homepage.

Petition: Wir brauchen einen Globalen Pakt zur Rettung von 80% des Amazonasgebietes

Die Vereinigung der indigenen Völker des Amazonasgebietes COICA wendet sich mit einem dringenden Aufruf an die Weltgemeinschaft. Die über 500 indigenen Völker des Amazonasgebietes rufen zu einem globalen Pakt zum Schutz von 80 % Amazoniens bis 2025 auf (siehe auch den Beitrag „Drei Jahre zur Rettung des Amazonas“ in diesem InfoPeru). Die Organisation Rettet den Regenwald unterstützt den Aufruf mit einer Petition: „Die Weltgemeinschaft muss handeln und einen globalen Pakt zum Schutz von 80 % des Amazonasgebietes bis 2025 beschließen.“ Die Petition kann [hier](#) unterschrieben werden.

Film: Mama Irene, Heilerin der Anden

Der Dokumentarfilm MAMA IRENE, HEALER OF THE ANDES erzählt die Geschichte einer 86 jährigen Medizinfrau aus Peru. Wir folgen ihrem Alltag und entdecken ihre unglaubliche Lebensreise und ihre Gaben, die aus indigenen Wissen und Traditionen stammen. [Hier](#) ist Trailer zum Film mit weiteren Informationen zum Film, [hier](#) der Link zur Webseite. Ab November 2022 ist

der Film für Vorführungen in Deutschland verfügbar sein. Wer den Film gerne zeigen möchte, eventuell mit anschließender Diskussion, kann sich direkt an Iris Wangermann wenden: info@iris-wangermann.de

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.